

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeber deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Besammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Kassen-Sprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Donnerstag, den 6. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Frankreich im Jahre 1897.

Paris, 1. Januar 1898.

Das vergangene Jahr ist in Frankreich vor allem gekennzeichnet durch das Ausbleiben einer Ministerkrise. Dergleichen hat man seit 1891 nicht gesehen. Die Langlebigkeit des Kabinetts Meline ist deshalb bedeutsam, weil sie der Ausdruck einer dauernden Verschiebung in der Parteigruppierung ist. Während der nun zwanzigmonatlichen Regierungszeit Meline's hat sich die Koalition der Bourgeois, Republikaner und der Klerikal-Monarchisten in allen Stürmen bewährt. Die „Zämmlichkeit“ oder, wie Jaurès einmal sagte, die „Unpersönlichkeit“ der im Kabinet Meline vereinigten Personen läßt die soziale Notwendigkeit der Ordnungskoalition umso deutlicher erkennen.

Auf Seiten der Opposition ist hingegen im abgelaufenen Jahre eher eine Lockerung der Beziehungen zwischen den Radikalen, genauer dem „regierungsfähigen“ Flügel derselben und den Sozialisten zu konstatieren. Die Ursache davon ist die Halbheit der Radikalen. Je fester nämlich die Ordnungsmehrheit zusammenhielt, je aussichtsloser die Bildung eines rein radikalen Kabinetts erschien, desto stärker wurde die gemäßigte Strömung innerhalb der radikalen Partei, welche in totaler Verleugung der tieferen Ursachen der neuen Parteigruppierung die Wiederkehr zu den alten radikal-opportunistischen Ministerkombinationen anstrebte. Man begann von radikaler Seite bei jeder Gelegenheit die kollektivistischen Lehren zu „verurteilen“ und — was viel bedeutender war — die Sammlung aller bürgerlichen, aber „rein-republikanischen“ Elemente unter dem Banner des Antiklerikalismus zu läuten. Es kam sogar zu einigen parlamentarischen Anläufen nach dieser Richtung. Aber freilich antwortete auf die Werbung der Radikalen nur eine halbvolle künftigher Regierungsabgeordneter, denen aus ideologischen Gründen oder aus ehrgeizigen Gelüsten das klerikal-freundliche Ministerium auf die Dauer doch verfehlt wurde.

Auch sonst war das Jahr den Radikalen ungunstig. Es begann mit dem Abfall des „Apostels der progressiven Einkommensteuer“, des früheren radikalen Finanzministers Doumer, der um das Vizekönigtum von Indochina und 300 000 Fr. Jahresgehalt seine Partei mitten im Senatswahlkampf verrieth. Die Drittels-Erneuerungswahlen zum Senat vom 3. Januar haben dann den Radikalen anstatt der erwarteten 40 nur etwa ein Dutzend neuer Mandate eingebracht. Damit erwies sich die Haltlosigkeit der Hoffnungen auf Erlangung einer Verfassungsrevision mit Hilfe einer starken radikalen Senatsgruppe. Zudem merkte man von jenem Zuwachs der radikalen Senatsgruppe rein garnichts. Im Gegenteil, die verstärkte Gruppe hat schließlich, die gemäßigten Kammerradikalen übertrumpfend, demütig und offiziell mit den geldfackrepublikanischen Senatsgruppen Frieden geschlossen.

Seiner geistigen Stellung entsprechend, hat das Kabinet Meline 1897 seinen Charakter als eines Handlangers der geeinigten Bourgeoisie noch deutlicher offenbart als 1896, da ihm die frische Erinnerung an das populäre radikale Kabinet eine gewisse Vorsicht aufnöthigte.

Mit Eifer und Feuer ging die Regierung ans Werk nur da, wo es sich um das Wohl dieser oder jener Interessengruppe der Bourgeoisie handelte. Das Häuslein der Zuckerindustrie erhielt zu den indirekten direkten Zuckerausfuhrprämien im Betrage von 18 Millionen Franks jährlich. Das Banknoten-Monopol der Banque de France wurde bis 1920 verlängert auf Grund eines Löwenvertrages, der Regierung und Regierungsmehrheit als Hausrecht des Bankklingels zigte. Ferner seien erwähnt die eilige Erneuerung des Monopols der maritimen Transport-Gesellschaften und des Monopols der Ausbeutung der Mineralquellen von Bichy, sowie zwei Eisenbahngesellschaften begünstigende Gesetze.

Auch die Vollgesegebung stand nicht still: ein neuer Zoll auf Melasse, Erhöhung des Zolles auf Schweine, Schweinefleisch, Schweinefett und Wurstwaren, und ein sogenanntes „Hängegeschloß“-Gesetz, welches die Regierung zur provisorischenollerhebung vom Zeitpunkt der Einbringung einer Zollvorlage ermächtigt.

An inländischen agrarischen Mitteln hat das Jahr das Margarine-Gesetz gebracht, ein Gegenstück zum vorjährigen Gesetz gegen Raffinerie- und Kunstweine. Das größte Verdienst Meline's um die Großgrundbesitzer und Getreidespekulanten war die Aufrechterhaltung des Getreidezolles von 7 Fr., trotz der Brottheuerung, welche den Getreidepreis um durchschnittlich 5 Franks (29 bis 30 Fr.) pro Doppelzentner gegenüber demjenigen Preise hinausgeschmetzt hat, den Meline 1894 für durchaus lohnend und eine Zollherabsetzung bedingend erklärte.

Um die Gesamtbourgeoisie hat sich Meline verdient gemacht durch die Verschleppung der Steuerreform. Nach langen heuchlerischen Reformbemühungen ist es ihm gelungen, die Einkommensteuer in der gegenwärtigen Legislatur von dem Geldsack der Bourgeoisie abzuwenden. Die in seinem Ministerprogramm hoch und heilig versprochene Reform schrumpfte auf die Verminderung der staatlichen Grundsteuer um 25-26 Millionen Franks zusammen, d. h. auf einen wirtschaftlich belanglosen Wählkörper für die Bauernschaft. Dabei wurde die mehr oder minder gerechte Vertheilung der

Entlastung nicht der ursprünglichen Vorlage der „bauernfreundlichen“ Regierung, sondern einem parlamentarischen Initiativantrag geschuldet. Andererseits hat es der in kleinen Kniffen große Meline verstanden, das Votum der Erschaffenen bis in das neue Jahr hinauszuschleppen, da die zu diesem Zwecke in Aussicht genommene Erhöhung der Brieftaxen-Steuer bei den Stützen des Ministeriums auf bedrohlichen Widerstand stieß.

So fruchtbar das Jahr an kapitalistisch-agrarischen Gesetzen war, so unfruchtbar war es an definitiven demokratischen Reformen. Und auch das wenige und unerhebliche, was auf diesem Gebiete Gesetz wurde, konnte der Regierungsmehrheit nur unter dem Druck der heranrückenden Wahlen und der Regierung zum Tode aufgezwungen werden. Es sind das die Untersuchungsreform (Abschaffung des geheimen Untersuchungsverfahrens) und die Oltroireform. Dagegen sind das Haftpflichtgesetz und das Eisenbahner-Schutzgesetz vom Senat noch nicht votirt worden. Und zwar keineswegs aus Zeitmangel, sondern infolge des reaktionären Willens der Regierung und des Senats. Hat doch der Senat in der neunwöchigen Herbstsession bloß 20 meist sehr kurze Sitzungen abgehalten gegen 48 lange Kammer-sitzungen. Daß die Arbeitsnachweis-Reform im Senat noch nicht votirt wurde, ist freilich nicht weiter zu bedauern, da die Regierung den ursprünglichen gewerkschaftsfremdlichen Entwurf des Kammerausschusses zu einem Demm-schuh für die Entwicklung des unentgeltlichen gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises hat verhungern lassen. Schließlich sei erwähnt, daß die Kammer auch im abgelaufenen Jahre keine Zeit gefunden hat, um die im Sommer 1896 unterbrochene Verathung der Novelle zum mangelhaften Frauen- und Kinderschutzgesetz von 1892 zu Ende zu führen. Die Novelle ist damit für diese Legislatur endgiltig abgethan.

Der Vollständigkeit halber ein paar Worte über die Panama- und die Dreyfus-Affäre, die beide ja in dieser oder jener Form noch in das neue Jahr hinüberspielen werden. In beiden Fällen hat der herrschende Klügel sein bestes gethan, um zum Zwecke der grob-materiellen Rettung von Ordnungsgelüsten — dort der Hauptpanamisten, hier der militärischen Oligarchie — die Justiz moralisch vollends in den Grund zu bohren. Der Ausgang des Panama-Prozesses, die Freisprechung der von der Parteijustiz ausgewählten oppositionellen Sündenböcke ist eine erfreuliche Verurtheilung der vom Kabinet Meline besonders arg herabgewürdigten Justiz durch das Volksgericht. In der Dreyfus-Affäre haben freilich die Herrschenden einen ähnlichen Ausgang um so weniger zu befürchten, als der chauvinistische, alle Andersdenkenden terrorisirende Theil der Oeffentlichkeit auf Seiten der militärischen Oligarchie steht.

In inniger Harmonie mit der inneren Reaktionspolitik war die auswärtige Politik des Ministeriums. Für letztere ist aber auch der radikale Theil der Opposition mitverantwortlich, der durch sein Schweigen und seine Stimmgabel die den nationalen Interessen widerstrebende Handlangersrolle Frankreichs im Dienste des Zarenreiches unentwegt billigte. Die russische Allianz hat im Orient Frankreich um jeden Einfluß gebracht. Dafür sind aber durch die Erdrückung Griechenlands einerseits die Interessen der französischen Hochfinanz, der Hauptgläubigerin der Türkei, gewahrt und andererseits der halbvolle Empfang Felix Faure's in Petersburg nebst den Trinkprämien mit dem Wörtlein „alliert“ gesichert worden. Der Spektakel, den die Regierung und die Pariser Großbourgeoisie dann bei Faure's Rückkehr in Szene setzten, zeigte wieder einmal, daß der herrschende Klügel die Zaren-freundschaft vor allem als ein innerpolitisch-politisches Mittel schätzt und ausbeutet. In der ostasiatischen Frage wird daher ebenfalls der Wille des Zaren in allen Fällen für Frankreich das oberste Gesetz bleiben.

Für die sozialistische Partei war das Jahr eine Zeit unermüdlicher Arbeit, deren Früchte in den kommenden Wahlen geerntet werden dürfen. Fast die ganze Last und die ganze Ehre des Kampfes gegen die großbürgerliche Reaktion sind den Sozialisten zugefallen. Es sei insbesondere erinnert an den Kampf gegen die Zuckerpriämien, gegen das Bankmonopol, gegen die zarendienerische Orientpolitik und in Verbindung damit gegen die russische Allianz, sowie an die Agitation gegen die Brottheuerung und an die Agrardebate, in welcher die Wirkungslosigkeit der agrar-demagogischen Quacksalbereien Meline's nachgewiesen wurde. Diese unablässige Thätigkeit in der Kammer, in der Presse und in Versammlungen hat den Boden für die Wahlkampagne trefflich vorbereitet. Sie hat aus dem materiellen parlamentarischen Erfolge der Ordnungskoalition ebensoviele scharfe Agitationswaffen gegen dieselbe geschmiedet.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe waren sämtlich lokaler Natur. Die bedeutendsten sind der zweimonatliche Kohlenarbeiterstreik von Grand-Combe (2000 Theilnehmer), der zwöchentliche Lyoner Mantelstreik (5000 Theilnehmer) und der zweiwöchentliche Pariser Schlächterstreik (1100 Theilnehmer). Die letzteren zwei endeten mit einem Erfolge, der erstere mit einem Mißerfolg, welcher ebenso sehr der — durch eine sozialistische Interpellation gebrandmarkten — brutalen Parteinahme der Regierung für die Grubenbarone geschuldet ist, wie der mangelhaften Organisation.

Das neue Jahr beginnt im Zeichen des Wahlkampfes. Die Frühjahrswahlen gehören zu denselben, welche

über die nächste Entwicklung eines Landes entscheiden. Es wird sich dann zeigen, ob die neue Ordnungskoalition auch im Lande, vor dem allgemeinen Wahlrecht den Sieg über die Demokratie davonzutragen, ob die geeinigten Bourgeoisie unter der Führung des Agrar-demagogen Meline, unter dem Segen des Papstes, des Zaren und des neulich „rallirten“ Herzogs d'Orleans und — last not least — mit Hilfe des wahl-macherischen Beamtenapparates des Polizeiministers Barthou — frecher und sicherer denn je sich der Republik bemächtigen wird. Die Entscheidung hängt im wesentlichen ab von der Haltung der bäuerlichen Wähler und der Wahltaktik der Sozialisten und Radikalen.

Ueber den ersteren Faktor läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Die Ordnungsparteien rechnen nach wie vor auf die Begriffsstutzigkeit und den politischen Indifferentismus der Bauernmasse, sowie insbesondere auf deren Glauben an den Agrarheiland Meline. Andererseits ist anzunehmen, daß die fortgesetzten Pressereien Meline's namentlich in der die Bauern am nächsten angehenden Steuerreform, denn doch sie für die sozialpolitische und radikale Agitation empfänglich machen muß. Umso mehr, als schon in den Wahlen von 1893 die politische Erwachung der ländlichen Bevölkerung sogar in der Wahl von Halb-Sozialisten und Sozialisten zum Ausdruck kam.

Was die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen anlangt, so sind sie zwar, wie eingangs dargelegt, eher gelockert worden. Trotzdem dürfte in den meisten Fällen ein sozialistisch-radikales Zusammengehen gegen den gemeinsamen Feind zu Stande kommen.

Speziell die sozialistische Partei darf jedenfalls auf einen erheblichen Stimmengewinn rechnen. Der Gewinn von neuen Mandaten wird vielfach davon abhängen, ob die verschiedenen sozialistischen Organisationen und Richtungen von Anfang an — schon in der Hauptwahl und nicht erst in der Stichwahl — sich auf gemeinsame Kandidaten einigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Januar.

Kiaoischau. Der „Reichs-Anzeiger“ theilt mit, daß hinsichtlich der Ueberlassung von Kiaoischau zwischen der deutschen und der chinesischen Regierung eine Verständigung erzielt ist. Die Vereinbarung enthält im wesentlichen folgendes:

Der deutschen Regierung soll die Erfüllung ihres Wunsches ermöglicht werden, ebenso wie andere Mächte einen Stützpunkt für Handel und Schifffahrt in den chinesischen Gewässern zu besetzen. Die Ueberlassung hat die Form eines Pachtvertrages von längerer Dauer, und es steht der deutschen Regierung frei, innerhalb des überlassenen Gebietes alle nöthigen Bauarbeiten und Anlagen zu errichten und die für den Schutz derselben erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Das überlassene Gebiet umfaßt das gesammte innere Wasserbecken der Kiaoischau-Bucht bis zur Hochwasserlinie, ferner die südlich und nördlich vom Eingang der Bucht liegenden größeren Landungen bis zu deren natürlicher Abgrenzung durch geeignete Höhenzüge, sowie die innerhalb der Bucht und vor der Bucht gelegenen Inseln. Das abgetretene Gebiet hat einen Gesamteinhalt von einigen Quadratmeilen, welche von einer größeren, rings um die Bucht gezogenen Zone eingefaßt sind, innerhalb welcher keine Maßnahmen oder Anordnungen chinesischerseits ohne deutsche Zustimmung getroffen werden dürfen; insbesondere dürfen der chinesischerseits für notwendig erachteten Regulirung der Wasserläufe keine Hindernisse entgegen-gesetzt werden.

Um Konflikte zu vermeiden, die das gute Einvernehmen zwischen den beiden Mächten beeinträchtigen könnten, hat die chinesische Regierung für die Dauer der Pachtzeit alle die ihr in dem überlassenen Gebiete zustehenden Hoheitsrechte auf die deutsche Regierung übertragen.

Sollte sich aus irgend einem Grunde die Kiaoischau-Bucht für die von der deutschen Regierung in Aussicht genommene Zwecke als nicht passend erweisen, so wird die chinesische Regierung, nachdem sie sich mit der deutschen Regierung darüber ins Einvernehmen gesetzt hat, der letzteren an einem anderen Punkt der Küste ein für den in Frage gestellten Zweck besser geeignetes Gebiet überlassen. Die chinesische Regierung wird in diesem Falle die von der deutschen Regierung im Kiaoischau-Gebiet errichteten Bauarbeiten, Anlagen u. s. w. übernehmen und die dafür verausgabten Beträge ersehen.

Die chinesische Regierung hat also dem Zwang der Verhältnisse nachgeben müssen. Deutschland hat seine Kohlen-lagerung, hat einen Stützpunkt für sein ostasiatisches Geschwader, hat einen Ausgangsort für Handelsverbindungen in das Innere der großen Provinz Schantung und des übrigen China. Ueber die Pachtzeit und Pachtsumme liegen noch keine Mittheilungen vor.

Allem Anschein nach scheint also diese Operation friedlich abzulaufen. Wollten andere Mächte die Festsetzung Deutschlands nicht dulden, so hätten sie längst entsprechende Schritte gethan. Sie müssen also, wenn auch jedenfalls nicht mit besonderer Freudigkeit, ihr Einverständnis erklärt haben.

Eine andere Frage ist es, was die fernere Zukunft bringen wird. Dort in dem fernem Osten schließen sich neue werthvolle Gebiete, um welche die Land- und Handelslaster der europäischen Kapitalistenwölfer noch manchen heißen Streik ausfechten werden.

Die deutsche Regierung über den Fall Dreyfus-Osterhazy. Der Prozeß gegen Osterhazy soll ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt werden, wie wir mittheilten. Das abschließliche Verurtheilungssystem, unter dem Dreyfus

begraben wurde, soll bis zuletzt festgehalten werden. Wenn auch die Beschwörer des auf der Teufelsinsel gefangenen Mannes, die Scheurer-Restner und seine Freunde nicht vermocht haben, Beweise für die Unschuld desselben herbeizuschaffen, so ist für jedermann sichtbar geworden, daß hier ein militärisches Panama schlimmster Art vorliegt. Gabe es da nicht unendlich vieles, was man vertuschen und verheimlichen zu müssen meint, so würde man diese dunkle Sache mit dem Lichte der Öffentlichkeit erhellen haben.

Es ist sehr bemerkenswert, daß die „Kölnische Zeitung“ kurz vor der Verhandlung gegen Esterhazy, offenbar offiziell, folgende Mitteilung bringt:

„Es scheint, daß bei der Verhandlung des Esterhazy-Prozesses alles vermieden werden soll, was im Stande ist, aufzuklären, inwieweit Hauptmann Dreyfus sich der Spionage schuldig gemacht hat. Die Thatsache der res judicata soll vielmehr mit aller Strenge festgehalten werden. Dem gegenüber wird es zweckmäßig sein, noch einmal auf Grund der eingehendsten und zuverlässigsten Erkundigungen festzustellen, daß, wenn Dreyfus sich überhaupt der Spionage schuldig gemacht hat, diese nicht mit Deutschland, mit der deutschen Regierung und deutschen Offizieren, also auch nicht mit dem deutschen Militärbevollmächtigten oder mit der deutschen Botschaft in Paris irgend etwas zu thun gehabt hat. Wenn Dreyfus spioniert hat, so kann dies nur zu Gunsten irgend einer anderen Macht gewesen sein. Die französische Regierung mag vielleicht ein Interesse haben, hierüber einen dichten Schleier zu werfen; deutscherseits steht nicht das geringste im Wege, über die Verhandlung das bestmögliche Licht der Öffentlichkeit leuchten zu lassen. Es wird niemals irgend ein Zusammenhang der Handlungsweise des Dreyfus mit irgend einer deutschen Stelle dargelegt werden können. Die deutsche Regierung hat seinerzeit über den unantastbaren Sachverhalt der französischen Regierung durch die deutsche Botschaft jeden Zweifel genommen. Wir begnügen uns heute lediglich mit der Feststellung dieser Thatsache.“

Man kann begierig sein, wie diese Erklärung in Frankreich aufgenommen werden wird.

Wie uns unser Pariser Korrespondent schreibt, wird die Verurteilung Esterhazy's vor das Kriegsgericht offiziell von vornherein als eine Klumbe hingestellt. Es handelt sich einfach darum, dem Schilling der kriegsmilitärischen Bureau ein gerichtliches Unschuldenszeugnis anzufertigen. Die bezüglich offizielle Pressemitteilung sagt das in den Worten: „Der General Sauffier hat diesen Entschluß gefaßt in Erwägung“ — nicht etwa der belastenden Ergebnisse der Untersuchung, sondern des Umstandes, daß man der gegen einen höheren Offizier erhobenen so schweren Anschuldigung die Sanction der abgeurteilten Sache geben muß. Die Gerichtsverhandlung wird hinter verschlossenen Thüren stattfinden — natürlich im Interesse der „Staatsicherheit“, der „Ehre der Arme“ u. s. f.

Deutsches Reich.

Das Mittelland-Kanalprojekt soll dem Bundtag nicht in seiner diesjährigen, sondern erst in der nächstfolgenden Session vorgelegt werden. Bis dahin sollen die Verhandlungen mit den Provinzen über die Höhe der zu gewährenden Zuschüsse zum Abschluß gebracht werden.

Der Nord-Ostsee-Kanal ist nach den Mitteilungen aus den Verwaltungsberichten des kaiserlichen Kanalamts im Staatsjahr 1896/97 von 8287 Dampfern und 11 673 Gesehiffen, zusammen von 19 960 abgabepflichtigen Schiffen mit einem Gesamtumsatz von 1 407 435 und 441 028, zusammen 1 848 463 Tonnen netto benutzt worden.

Im Jahre 1896/97 ist gegen 1895/96 eine Steigerung des Verkehrs auf dem Kanal eingetreten und die Gesamtzahl der Tonnen von 1 505 953 im Jahre 1895/96 (1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896) auf 1 848 463 im Jahre 1896/97 (1. April 1896 bis 31. März 1897) gestiegen.

Außer vom Handelsverkehr ist der Kanal auch von den Schiffen der deutschen Kriegsmarine vielfach benutzt worden.

Innerhalb der ganzen Berichtperiode von 1 1/2 Jahren haben stattgefunden 18 schwere Unfälle, 224 leichtere Unfälle und 154 Verzögerungen.

Die Einnahmen der Kanalverwaltung haben im Jahre 1896/97 betragen 1 016 854 M., die Ausgaben 2 074 792 M., und zwar an fortlaufenden 1 854 792 M., an einmaligen 120 000 M., so daß die Mehrausgabe 1 067 938 M. beträgt. Die einmaligen Ausgaben dienen zur Beschaffung von 3 neuen Schleppdampfern, von denen einer als Bergungsdampfer eingerichtet ist. Außergewöhnliche Kosten sind ferner entstanden durch die Hebung des bänischen Dampfers „Johann Stern“, welche der Kanalverwaltung in Höhe von 68 863,23 M. zur Last gefallen sind. Von den Betriebszweigen ist namentlich der Schleppbetrieb recht losspiellig für die Verwaltung. Der erhobene Betrag an Gebühren von 72 086 M. deckt nicht an anderem die entstandenen Selbstkosten, die im Jahre 1896/97 287 844 M. betragen haben. Die Erhöhung der Schleppgebühren ist daher nach Ansicht des Kanalamts eine dringende Nothwendigkeit.

Im ganzen hat der Kanal im Staatsjahr 1896/97 seine Betriebs- und Unterhaltungskosten etwa zur Hälfte gedeckt. Eine wesentliche Besserung dieser finanziellen Ergebnisse ist nur von einer weiteren Hebung des Verkehrs zu erhoffen, welche die Einnahmen erhöht, ohne die durch die Ausdehnung der Anlagen und die Nothwendigkeit eines kontinuierlichen Betriebes bei Tag und Nacht von vornherein auf einer gewissen Höhe gehaltenen Unterhaltungs- und Betriebskosten beträchtlich zu steigern. Ob die am 1. September 1895 in Kraft getretenen Tarifänderungen ausreichen werden, um die erstrebte Steigerung des Verkehrs in vollem Maße herbeizuführen, oder ob es dazu noch weiterer Änderungen bedürfen wird, läßt sich erst nach längerem Besehen des Tarifs mit Sicherheit beurtheilen. Bis jetzt ist, nach der „Verf. Corr.“, der wir diese Mittheilungen entnehmen, eine erfreuliche steigende Tendenz im Kanalverkehr wahrzunehmen, so daß die Hoffnung auf allmähliche Erzielung befriedigender Finanzergebnisse nicht unberechtigt erscheint.

Im Reichs-Zustizamt wird ein Gesetzentwurf über die Hypothekendarlehen vorbereitet.

Das Bernsteinsiegel scheint die preussische Regierung nun endlich in eigene Verwaltung übernehmen zu wollen. Eine Danziger Depesche der Post meldet hierüber:

Die Ministerialkommission Schöner Ober-Regierungsrath Dr. Steffert in der letzten Konferenz der Bernstein-Interessenten auf der Regierung mittheilt, wird die Regierung das von Kommerzienrath Becker ausgenutzte Bernsteinsiegel in einigen Monaten selbst übernehmen. Die Bernstein-Interessenten würden dann das Rohmaterial zu denselben Bedingungen erhalten, wie jetzt mit Becker vereinbart ist, also mit der Verpflichtung, keinen Abfall von Rohstein an Ambroidfabriken zu verkaufen. Die Kontrolle hierüber solle noch strenger als gegenwärtig gelöst werden. Wer zuwider handle, komme auf die schwarze Liste und erhalte nicht mehr Bernstein.

Der deutsche Bimetallbündel will es sich nicht nehmen lassen, den 70. Geburtstag seines Führers v. Kardorff am 8. Januar „in entsprechender Weise“ zu feiern.

Wir erwarten, daß die Silbergrubenbesitzer von Nevada die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen werden, um den eifrigen Agitator für die hohen Preise und den reichlichen Abfall ihrer Produkte durch Deputationen, schöne Treden und kostbare Geschenke zu feiern. Man möchte an der Dankbarkeit der Welt verzweifeln, wenn die amerikanischen Silbergrubenbesitzer unterlassen würden, dem deutschen Manne nicht auch öffentlich ihren Tribut des Respekts zu widmen.

Die Militär-Strafprozess-Reform bespricht der Premier-Lieutenant a. D. Rudolf Kraft in der „Münchener Freien Presse“ und schildert an einigen bemerkenswerthen Beispielen,

wie viel schlechter sich die militärische Rechtsprechung nach dem Regierungsentwurf gestalten würde als sie jetzt nach dem bayerischen Recht beschaffen ist. Er schildert die Folgen des Fortfalls des selbstständigen Untersuchungsrichters folgendermaßen:

„Der (bayerische) Auditor steht gänzlich außerhalb der Truppe, er kommt gewöhnlich nur einmal im Jahre in den Kasernenhof, nämlich zur Rekrutenvereidigung, auch im Offizierskafin erblickt man ihn höchst selten, meist nur bei den offiziellen Dinners, kurz er ist dienlich sowie gesellschaftlich von den Offizieren gänzlich unabhängig. Diese Thatsache hat nun im Verein mit der bereits konstatierten, daß der Auditor auch bei der Führung der Untersuchung von Kommandanten (Regiments-Kommandeur, Stadtkommandanten, Kommandirenden General) sich keine Vorschriften machen lassen muß, hier und da sehr unangenehme Folgen für Offiziere und Unteroffiziere und zwar in so fern, als der Auditor, namentlich bei einem Mißhandlungsfall, unbestimmt um das Verhalten des Regiments-Kommandeurs und das schiefe Gesicht der Offiziere und Unteroffiziere weiterforschen und vor allem danach recherchieren kann, ob denn die angezeigte Mißhandlung die einzige ist, die sich in der betreffenden Abtheilung ereignet hat, und nicht etwa Duzende vorgekommen sind. Schon öfter ist es in Bayern passiert, daß einem Auditor zunächst nur ein Mißhandlungsfall zur Untersuchung vorlag und im Laufe der letzteren dann noch etliche andere Quälereien entdeckt wurden. Und weiter ist es in Bayern schon dagewesen, daß Regimentskommandeure, Bataillonskommandeure und Hauptleute wegen einer größeren Anzahl von Mißhandlungen, die in den diesen Herren anvertrauten Abtheilungen vorgekommen waren, pensionirt wurden. Infolge der dargelegten Umstände ist der Auditor in der bayerischen Arme gar nicht selten eine besonders von den Unteroffizieren sehr gefürchtete Persönlichkeit. So erinnere ich mich noch eines Augustmorgens, an dem ich als frischgebackener Präbiter an einem Kasernenfenster stand und einen neben mir befindlichen Unteroffizier nach dem Namen des eben vorübergehenden Auditeurs fragte. Die charakteristische Antwort, die mir wurde, lautete: „Das ist der Auditor G. No. auf Nacht, wenn der was -- damit meinte der Sprecher eine Mißhandlung -- unter die Hand kriegt, da stimmt alles auf!“

Wie aber dürften sich die Dinge gestalten nach dem jetzigen Regierungsentwurf? Herr Kraft fährt fort:

„Nehmen wir an, daß der Kommandeur eines Regiments die übertriebenen Anforderungen an das Wissen und Können der Mannschaften stellt. Die klare Folge ist, daß die abrichtenden Unteroffiziere in diesem Regiment wegen jeden Plunders von ihren Offizieren in schroffer Weise zurückgewiesen werden und hierauf ist wieder die wahrheitliche Konsequenz, daß die Unteroffiziere die Mannschaften schinden und drangsaliern. Bei einer unvermutheten nächtlichen Revision wird endlich ein Unteroffizier erwischt, wie er eben seine Leute mit Gewehrlüben wartet. Die Untersuchung wird eingeleitet und schon im Anfange weisen sehr viele Symptome darauf hin, daß überhaupt in ganze Regiment geprägt und geschunden wird. Können alle diese Mißhandlungen oder nur ein größerer Theil derselben an das Tageslicht, so wäre es wohl möglich, daß der Oberst den blauen Brief“ erhalte. Glücklicherweise ist aber der Herr Oberst selbst der Gerichtsherr des Standgerichts und damit auch derjenige, der das Untersuchungsverfahren in entscheidender Weise zu leiten hat, und er kann daher alle Recherchen, die sich auf mehr als den einen angezeigten Fall beziehen, hintanhalten, um so leichter, als bei den Standgerichten der Untersuchungsautomat des Gerichtsherrn überhaupt nicht ein Auditor, sondern ein Lieutenant aus dem Regiment des Gerichtsherrn ist. Somit ist der letztere auch im sonstigen dienstlichen Leben der direkte allmächtige Vorgesetzte seines sogenannten Untersuchungsrichters und kann diesem auch nur den kleinsten Versuch, würde Stellen im Regimente zu berühren, schwer entgelten lassen.“

Für Bayern würde also, wie schon mehrfach betont wurde, der neue Entwurf die bösesten Verschlechterungen bringen und für das übrige Deutschland in den meisten Beziehungen keine Verbesserungen.

Militär- und Zivilgericht. Wie die Militärgerichtsbarkeit in die bürgerliche Rechtsprechung eingreift, dafür wird aus Kiel ein neuer Fall berichtet. Das dortige Schöffengericht hatte den Major J. D. Weiss, Verleger der „Kiel. N. Nachr.“, wegen Herausgabe eines Sonderblatts über die Kriegserklärung Griechenlands an die Türkei am ersten Ofterfesttage vorigen Jahres zu fünf Mark Geldstrafe verurtheilt. Die Strafkammer hob das Urtheil auf, da Weiss der Militärgerichtsbarkeit unterstehe, und erkannte auf Einstellung des Verfahrens.

Agrarier und Arbeiterunterdrückung. Die Fortschritte der sozialistischen Bewegung unter den Landarbeitern in Ungarn geben der Korrespondenz des Bundes der Landwirthe Anlass zu einer Betrachtung, ob die von der ungarischen Regierung gegen die Landarbeiter angewendeten Mittel ihren Zweck erfüllen. Nach einer Schilderung der überaus traurigen sozialen Lage der Landarbeiter in Ungarn und dem Hinweis auf die letzten Unruhen im Sommer vorigen Jahres heißt es:

„Die Unruhen wurden unterdrückt, aber die Bewegung greift immer weiter um sich. Das zeigt auch der letzte Landestag der sozialdemokratischen Feldarbeiter Ungarns, der feben stattgefunden hat, und auf dem in wesentlichen die alten Programmpunkte wieder formulirt worden sind. Alle diese Vorgänge sollten der ungarischen Regierung zu denken geben und ihr zeigen, daß vieles „fait en State Danemark“ ist. Denn wo es Rauch giebt, da brennt es auch.“

Das Urtheil ist recht verständlich und es wäre nur zu wünschen, daß der Bund der Landwirthe diese Auffassung auch auf deutsche Verhältnisse anwenden würde. Bisher konnten wir nur wahrnehmen, daß er in Deutschland für alle gegen die Arbeiter gerichtete Unterdrückungsmaßregeln zu haben war.

Nicht zehn fremde Kriegsschiff-Wanten befinden sich, wie die „Ball. Schiffsfahrtsztg.“ mittheilt, zur Zeit in der Ausföhrung auf deutschen Schiffswerften, und zwar auf der Germania-Werft bei Kiel, in der Vulkan-Werft bei Stettin und auf der Schichauer Werft in Elbing bei Danzig. In Kiel wird im Auftrage der brasilianischen Regierung ein Torpedokreuzer gebaut. Auf der Vulkan-Werft ist ein erstklassiges Panzerschiff mit einem Displacement von 9800 Tonnen und zum Werthe von 13 Millionen Mark für Rechnung der japanischen Regierung in Angriff genommen worden. Zugleich werden für China auf derselben Werft drei geschätzte Kreuzer von 2850 Tonnen Raummgehalt bei 100 Meter Dampflänge und 19,5 Seemeilen Fahrgeschwindigkeit erbaut. Zwei dieser Kreuzer sind bereits vom Stapel gelassen und befinden sich gegenwärtig im Ausbau. Die Schichauer Werft baut eine ganze Torpedoboot-Division für die japanische Marine. Das Divisionsboot hat 62 Meter Raummgehalt, 29 Seemeilen Fahrgeschwindigkeit und 82 Tonnen Raummgehalt. Für China sind bei dieser Werft vier Hochsee-Torpedoboots bestellt und gegenwärtig im Bau begriffen. Die Schiffkörper dieser Kriegsschiffe werden aus Nickelstahl hergestellt. Von den sämtlichen 18 Fahrzeugen, die für fremde Regierungen auf deutschen Werften gegenwärtig im Bau begriffen sind, entfallen 10 auf Japan, 7 für China und 1 für Brasilien.

Die „Kölnische Zeitung“ und andere Organe des Großkapitalismus werden stets unruhig, wenn die Sozialdemokraten den heutigen Staat als einen Klassenstaat bezeichnen. Bei der Beurtheilung des Auslandes sind diese Blätter weislicher; so spricht die „Köln. Ztg.“ in ihrem Rückblick über Frankreich im Jahre 1897 immer von dem Charakter des Klassenstaates, den Frankreich ganz rein unter dem Regime Meline angebildet hat.

In allen Kammern freut man sich wohl auch bei der „Köln. Ztg.“, daß unter Podosowsky und Kompagnie Deutschland auch nicht mehr zum reinen Klassenstaat fehlt.

Graf Manhan, der Schwiegerohn des Fürsten Bismarck, hat einen Beamten des „Hamb. Korr.“, der ihn im Auftrage des Reiter-Bureaus, des größten Telegraphen-Korrespondenzbureaus der Welt, über das Befinden des früheren Reichskanzlers befragte, in so ungebildeter und unhöflicher Weise behandelt, daß dieser nun gegen

den „Vizevirth von Friedrichsb.“ Beleidigungsklage-Antrag gestellt hat.

Graf Manhan hat früher als Gesandter Preußens bei sächsischen Höfen und das Reich im Auslande vertreten. Deshalb ist es interessant, wenn einmal die Lebensart dieses Mannes vor Gericht beleuchtet wird.

Vörrach, 2. Januar. Die Wahl in Vörrach-Land dürfte noch mal in Frage gestellt sein. Wie dem „Schwab. Merkur“ mitgetheilt wird, taucht jetzt die Nachricht auf, es sei bei der Wahl, bei welcher bekanntlich mit 63 gegen 61 Stimmen Dreher (lib.) gegen Jagst (ref.) gewählt wurde, ein starker Verstoß vorgefallen — Abgabe zweier Stimmzettel durch einen Wahlmann —, so daß, die Möglichkeit der Thatsache vorausgesetzt, auch dieser Wahlfall in Frage gestellt wäre.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Halle a. S. wird uns unterm 4. Januar geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung wurde in heutiger Strafkammer-Sitzung die Rufwaise Frau Minna Stahr geb. Naue, eine noch jugendliche bisher unbekanntere Person zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung entzog sich der Öffentlichkeit. Zwei Frauen, die als Zeugen geladen waren, sollen als Demuzianantinnen aufgetreten sein.

Ungarn.

Budapest, 4. Januar. Wegen beleidigender Zwischenrufe, welche im Abgeordnetenhaus gefallen waren, fanden heute Abend zwei Sabelnuelle statt, und zwar zwischen dem Abgeordneten Grafen Stefan Tisza und dem der äußersten Linken angehörenden Abgeordneten Endwig Olag, sowie zwischen dem liberalen Abgeordneten Comand Gajary und dem der Volkspartei zugehörigen Abgeordneten Stefan Rakowsky. Olag und Rakowsky wurden schwer verwundet, Graf Tisza und Gajary erlitten leichte Schrammwunden.

Frankreich.

Paris, 4. Januar. Der Präsident am Kassationshofe Quesnay de Beaurepaire ersuchte den Justizminister, einen höheren Gerichtshof einzusetzen, vor welchem er sich wegen der in der Panama-Kommission gegen ihn erhobenen Beschuldigungen rechtfertigen könnte. Man sieht, die Panama-Affäre kann nicht sterben.

Paris, 4. Januar. (Sig. Ver.) Vor einigen Monaten beriefen zwei päpstliche Comissare die französischen Kirchenvorstände mit der Mission, die Grillichkeit zur Wahlagitation für den kirchlich-opportunistischen Ordnungsbrei aufzufordern. In der letzten Woche haben inländische Kapuziner-Mönche, 40 an der Zahl, eine Agitationstournee in diesem Sinne begonnen, zunächst im meist radikal vertretenen Departement Yonne. Sie predigten von der Kanzel herab das politische Evangelium des Papstes und des Herrn Meline, den aufgefundenen Wählern das Paradies versprechend. Dabei trafen sie auf als offizielle Agenten. In jedem Dorfe ließen sie sich vom Maire oder Adjunkt einen Präsenzlist ausstellen. Das die lokalen Behörden die ministeriellen Kapuziner in der zuvorkommendsten Weise behandelten, ist selbstverständlich. In einer Versammlung wollte ein junger Mann dem Kapuziner erwidern, da freie Diskussion versprochen worden war. Er wurde aber aus der Kirche hinausgeworfen und die Staatsanwaltschaft eröffnete gegen ihn eine Untersuchung. Die Karikaturen und Sozialisten veranstalten gegenwärtig im ganzen Departement Protest-Versammlungen gegen Meline's Kapuziner.

Felix Faure hat endlich den Journalisten Eyooc begnadigt, an dem 1888 im Eponeer Knachistenprozess ein entsetzlicher Justizmord begangen wurde. Der Zehlnahme an der Bomben-Explosion im Café Bellecour beschuldigt, sprachten ihn die Geschworenen in diesem Punkte frei. Der Staatsanwalt erlangte aber die Befähigung der von den Geschworenen als relativ harmlos betrachteten Frage in Bezug auf die Aufforderung zum Todschlag, deren Eyooc sich in einem sechs Monate vor der Explosion erschienenen anonymen Zeitungartikel schuldig gemacht haben soll. Zur Verblüffung der Geschworenen verurtheilte nun das Gericht Eyooc zum Tode. Die Todesstrafe wurde dann auf das einstuftmige Gnadengesuch der Geschworenen hin in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Zu alledem war der Beweis für die Verfälschung Eyooc's keineswegs erbracht worden. Und selbster hat der verantwortliche Redakteur der betreffenden Zeitung, der selbstmüthig in den Prozess nicht verwickelt wurde, erklärt, der Verfasser des Artikels wäre nicht Eyooc, sondern ein Weber D. . . Eyooc verdammt seine Begnadigung nach halb 15 Jahren Zwangsarbeit auf der Insel Romnia, Neu-Kaledonien, einer energischen Presskampagne, die namentlich vom radikalen Senator Ranc geführt wurde. Es sei noch bemerkt, daß der frühere radikale Justizminister Ricard das Anliegen seiner politischen Freunde, Eyooc's Begnadigung dem Präsidenten zu empfehlen, trocken zurückgewiesen hatte — aus Furcht vor den Protestanten, die in der Wiedergutmachung des Justizmordes eine Gefahr für die bestehende Ordnung erblickten.

Belgien.

Brüssel, 4. Januar. Den Kammern wird der Entwurf eines Haftpflichtgesetzes mit neuem Tarife der Entschädigung Vermunglückter zugehen. Einem Unfallversicherungsgesetz nach deutschem Muster will das Ministerium nicht zustimmen.

Spanien.

Madrid, 4. Januar. Als Preis seiner Unterwerfung mit 15 000 Mann erhielt Aguinaldo 2 Millionen Pesetas.

Russland.

Petersburg, 5. Januar. Zur Förderung des Mehl-Exportes nach dem Auslande hat die Eisenbahntarif-Kommission für nothwendig erachtet, für den genannten Export die bereits herabgesetzten Tarife noch weiter zu ermäßigen, so daß diese Ermäßigungen für Mehl bei dem Transpore nach einem Seehafen oder ins Ausland 20 pEt., für Korn, welches in einem Hafen u Mehl verarbeitet wird, 15 pEt. betragen sollen.

Da werden wir armen Deutschen wieder von den Agrariern im Reichstage, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus die Geschichte von den russischen Getreide-Walkerten zu hören bekommen.

Serbien.

Belgrad, 5. Januar. Durch einen Uas des Königs behält das Budget für 1896, welches auch für 1897 galt, für 1898 ebenfalls Geltung und zwar solange, bis ein Budget für 1898 durch die Skupschina zur Annahme gelangt ist.

Das Regieren ohne Parlament wird immer allgemeiner. Völker Mittel- und Ost-Asiens, wahret Eure heiligsten Güter! —

Sien.

Eisenbahnen in China. Aus Shanghai wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Excellenz Cheng Ta Ten, der Direktor der im Bau begriffenen südlichen Eisenbahnliniten, scheint mit seinen finanziellen Veruchen und Absichten, eine neue größere Anleihe abzuschließen, keine Erfolge aufweisen zu können. Die unter deutscher Leitung des Herrn Reg.-Baumeisters von Hildebrandt stehende Luis von Woosung (am Ausflusse des gleichnamigen Flusses, an dem Settlement gelegen ist) nach Soochow (Hauptstadt der Provinz) schreitet wohl rasch vorwärts; die unter der Leitung von großen Marschlandes und unzähliger zu überbrückender Kanäle ganz vorzüglich angelegten Eisenbahnstämme sind bei Shanghai vollständig fertiggestellt, und schon im Frühjahr 1899 dürfen wir diese erste unter deutscher Obereaufsicht in China erbaute Linie im Verkehr haben. Für die großen Linien Hankow-Peking, Danlow-Ganton und sonstigen Zweiglinien, dazu fehlt es jedoch dem unternehmenden reichen Mandarin Cheng an dem nöthigen Geld. Das vor einigen Monaten hier aufgetretene Hooley-Jameson-Syndikat ist, nachdem sowohl der Präliminar-Vertrag mit Cheng abgeschlossen und definitive Stipulationen für diese Eisenbahn-Anleihe von 16 Millionen Pfd. Sterl. in Peking getroffen waren, in die Brüche gegangen, wodurch Cheng von neuem bewiesen wurde, daß, wenn er sich nicht besser mit den starken deutschen und englischen Syndikaten, wie die Deutsch-Asiatische Bank und Hongkong u. Shanghai Banking-Corporation ins Einvernehmen setzt, ihm noch weitere Enttäuschungen blühen werden.

Afrika.

Kairo, 4. Januar. Die Hälfte des Regiments Lincoln und eine Abteilung Pioniere sind heute mit der Eisenbahn nördwärts gegangen; der Rest des Regiments und das Warwick-Regiment werden Ende dieser Woche abgehen, die Cameron-Hochländer folgen später. Jeder Soldat ist mit 500 Patronen versehen. Sonnabend wird eine weitere Eisenbahnstrecke bis Assuan eröffnet werden.

Parlamentarisches.

Dem Reichstag ist der Bericht über die Tätigkeit der Technisch-Polytechnischen Reichsanstalt im Jahre 1896/97 zugegangen.

Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz. Wie die Nordd. Allg. Zig. hört, ist dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes betr. die anderweitige Festsetzung des Gesamtkontingens der Brennereien zugegangen.

Das Disziplinarverfahren gegen Herrn v. Tausch.

Eine für die Vertreter von „Religion, Sitte und Ordnung“ gar freudige Kunde kommt heute aus dem Berliner Polizeipräsidium: der Kriminalkommissar v. Tausch ist heiler Haut auch aus dem Disziplinarverfahren hervorgegangen. Im folgenden der Bericht über die Verhandlung:

Der Termin zur Hauptverhandlung in dem gegen den Kriminalkommissarius v. Tausch schwebenden Disziplinarverfahren hat am Mittwoch angefangen. Die Verhandlungen fanden im Sitzungssaal der ersten Abteilung des Polizeipräsidiums im Präfidiatgebäude am Alexanderplatz statt. Den Vorsitz im Disziplinarhofe führte Polizeipräsident v. Windheim. Beisitzer waren Geh. Ober-Regierungsrath Friedheim und die Regierungsräthe Siber, v. Glafenapp, Hoffmann, Dieterich, Hoppe, Ranz und Hedling. Die Anklage vertrat Regierungsrath Steifensand, die Verteidigung des persönlich anwesenden Beschuldigten führte R.-A. Dr. Schwindt. — Regierungsrath Siber gab an der Hand des umfangreichen Aktenmaterials eine zusammenhängende Darstellung der gegen Herrn v. Tausch erhobenen Beschuldigungen. Dem Vernehmen nach zerfielen diese in zwei große Gruppen und hatten im wesentlichen die im Prozeß v. Tausch-Lühow zur Sprache gebrachten Thatfachen zur Unterlage. Die erste Gruppe der Beschuldigungen betraf das Verhalten des Beschuldigten im Amte. Hier wurde ihm im Allgemeinen vorgeworfen: Verletzung von Dienstinstruktionen bei der Vornahme der Verhaftung des v. Lühow, Unwahrhaftigkeit bei seinem Bericht über v. Lühow und über die Entstehung der Rufsch-Quittung, ferner bei der Anstellung seines Schuldverzeichnisses im Jahre 1890, sodann Indiskretionen gegenüber Vertretern der Presse (Affäre Krämmer), Benützung der Presse zu persönlichen Zwecken und Achtungsverletzung gegen hohe Beamte. Die zweite Gruppe der Beschuldigungen betraf das Verhalten außerhalb des Amtes, wobei namentlich die Aufnahme von Anleihen seitens des Beschuldigten im Mittelpunkt der Erörterungen stand. Es wurde ihm zum besonderen Vorwurfe gemacht, daß er seine Agenten Normann-Schumann und Lühow als Vermittler zu Geldgeschäften benutzte, der schwerste Vorwurf aber wurde darin erblickt, daß er auch die Hilfe von Untergebenen zur Beschaffung von Geld in Anspruch genommen habe. — Die Verhandlungen über alle diese Punkte fanden in nicht öffentlicher Sitzung statt. Regierungsrath Steifensand hielt, dem Vernehmen nach, die Verfehlungen des Angeklagten für so schwere, daß er die höchste zulässige Strafe, die Dienstentlassung in Antrag brachte. — Reichsanw. Dr. Schwindt beantragte dagegen die Freisprechung des Beschuldigten und wies in längerer Ausführungen darauf hin, daß die Verfehlungen des Angeklagten im Amte nach den Ergebnissen der Voruntersuchung in diesem Disziplinarverfahren vielfach in einem wesentlich milderen Lichte erscheinen müßten, als nach dem Wilde, welches die Schwurgerichtsverhandlung lieferte. Was die außeramtlichen Verfehlungen betrifft, so machte der Verteidiger geltend, daß es sich nicht um ein leichtsinniges Schuldenmachen des Beschuldigten gehandelt habe, sondern um finanzielle Schwierigkeiten, in welche er ohne sein Verschulden hineingerathen sei und bei deren Ueberwindung er keinerlei unehrenhafte Handlungen begangen habe. Nach dreistündiger Beratung erging das Urtheil, welches auf Verweisung in ein Amt gleichen Ranges ohne Gehaltsverlust aber unter Wegfall der Umzugskosten lautete. Gegen dieses Urtheil ist Berufung an das Staatsministerium möglich.

Dies Urtheil wird kaum jemanden überraschen. Nachdem man im Meineidprozeß gegen v. Tausch sah, wie die Leiter der Berliner Polizei für ihren Beamten, für das Fleisch von ihrem Fleisch, einzutreten, konnte man von vornherein annehmen, daß diese Mitglieder der Polizeibehörde als Richter nicht allzu strenge ins Gericht gehen würden. Warum sollte man auch den Tausch befechtigen, während das System v. Tausch bestehen bleibt?!

Die Achtung der Bevölkerung für das heutige Polizeisystem wird durch das Urtheil gegen Tausch nicht vermindert werden.

Partei-Nachrichten.

Aus Solingen. Die Parteiversammlung, die endgültig über den vierjährigen Zwist verhandelte, war, wie die „Vergische Arbeiterstimme“ mittheilt, eine Massenversammlung, wie sie in Solingen seit langer Zeit nicht dagewesen ist. Von einigen Genossen, die als Anhänger Schumacher's bezeichnet werden, wurde gegen die Auffstellung eines anderen Kandidaten wie gegen die vom Parteivorstande-Vertreter Gericsh empfohlene Resolution gesprochen; sie drangen aber nicht durch. Gegen eine vollständig verschwindende Minderheit wurde Schmidt in an als Reichstagskandidat aufgestellt und mit überwältigender Mehrheit die Resolution Gericsh's angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

Die heute in Weg tagende Kreisparteiversammlung der Parteigenossen des Wahlkreises Solingen erklärt sich damit einverstanden, daß der Beschluß des Hamburger Parteitages, betreffend die Ueberführung der „Vergischen Arbeiterstimme“ in den Besitz der Gesamtpartei, auf folgender Grundlage ausgeführt wird:

- 1. Die derzeitige Genossenschaft als Herausgeberin der „Vergischen Arbeiterstimme“ wird erachtet, ihre Mitgliederzahl auf die Hälfte des gegenwärtigen Bestandes zu vermindern und für die auscheidenden Genossenschaftler Anhänger der bisherigen Schumacher'schen Richtung, sowie mehrere Mitglieder des Parteivorstandes als neue Mitglieder in die Genossenschaft aufzunehmen.
- 2. Für den Fall, daß sich die Genossenschaft gegen die Aufhebung der Hälfte der bisherigen Genossenschaftler ausspricht, soll sie gehalten sein, die gleiche Zahl neuer Mitglieder aus Anhängern

der Schumacher'schen Richtung aufzunehmen, als die Genossenschaft gegenwärtig Mitglieder zählt.

3. Der Parteivorstand überweist aus den Mitteln der Gesamtpartei der Parteigenossenschaft des Wahlkreises Solingen eine größere Summe Geldes als Darlehen, um die neuen Genossenschaftler in den Stand zu setzen, ihre Genossenschaftsantheile zunächst voll einzahlen zu können.

Für die Auflehnung dieser Beiträge an die einzelnen Genossenschaftler, sowie für die allmähliche Wiedereinzahlung und Rückzahlung derselben an die Parteikasse, übernimmt die Solinger Parteigenossenschaft die Verantwortung.

Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Solingen berichten, daß die Anhänger Schumacher's das Vokal verlassen haben, und daß bei der nächsten Wahl es im Kreise zwei sozialdemokratische Kandidaten geben werde. Das erstere ist nicht wahr, denn das Vokal der Freunde Schumacher's hat sich mit dem Ausgleich einverstanden erklärt. Was aber die Kandidatur Schumacher's neben der Scheibemann's betrifft, so genügt es wohl, daran zu erinnern, daß Genosse Schumacher schon auf dem Parteitag in Hamburg auf seine Wiedereinstellung in Solingen verzichtet hat. Dabei bleibt es auch und niemand ist, infolgedessen Ueberzeugung nach, mehr damit einverstanden wie Schumacher selbst.

Im Dorfe Saube in Schleswig-Holstein, bei Bergedorf gelegen, wurden zwei Parteigenossen, Zimmermeister Bruns und Maurer Prabs, mit 331 und 329 Stimmen zu Schulvorstehern gewählt. Die Kandidaten der Gegner erhielten nur 75 und 78 Stimmen.

Der Jahresbericht des Landesverbandes der sozialdemokratischen Partei Badens an die Landesversammlung, die am 8. und 9. Januar in Offenburg abgehalten wird, beschäftigt sich zuerst mit der schon so oft erörterten Verlegung des „Volkstreuends“ nach Karlsruhe und dessen Ueberführung in Partei-Eigentum. Danach sind die Verhandlungen, die zwischen dem Landesvorstand, dem Genossen Diez und dem Genossen Gericsh in jüngerer Zeit in dieser Angelegenheit geführt wurden, an den hohen Anforderungen geknüpft, welche Genosse Gericsh stellte oder mehr oder weniger stellen muß. Ueber die Landtagswahlen sagt der Jahresbericht: Wir haben uns in acht Wahlkreisen selbständig an der Wahl beteiligt. Nur in Karlsruhe haben unsere Genossen mit den übrigen Oppositionsparteien eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt, um der Majorität des terroristischen Nationalliberalismus ein Ende zu bereiten, was auch gelungen ist. Unsere Genossen in den nachfolgend verzeichneten Städten haben sich großartig geschlagen, wie die Zahl der Stimmen und Wahlmänner beweist:

Manheim hat aufgebracht	5317 Stimmen mit	337 Wahlmännern,
Karlsruhe	4944	228
Pforzheim	1873	78
Offenburg	457	17
Lörrach	568	18

In letzterem Ort ist auch der letzte Rest der Stegmüllerei verschwunden. In den beiden Orten Offenburg und Offenburg mußte die ganze Genossenschaft der Sozialdemokratie aufgeben werden, um zu verhindern, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht 5 wie jetzt, sondern 7 Abgeordnete zähle. Doch wir sind zufrieden für diesmal, das nächste Mal holen wir sie doch.

Die übrigen Wahlbezirke, wo wir uns an der Wahl beteiligten, haben, mit Ausnahme von Wiesloch, ebenfalls mit gutem Fortschritt abgeschlossen.

Die Organisation hat 11 neue Mitgliedschaften erhalten und ist jetzt in zusammen 76 Ortschaften des Landes vertreten. Die Mitgliederzahl beträgt 3242; 251 mehr als am 30. März v. J. Der Geldverkehr ist gegen den vorjährigen zurückgeblieben. Im ganzen bezahlten die 75 Mitgliedschaften mit 3243 Mitgliedern an Beiträgen 1869,50 M., an Agitationsbeiträgen 145,20 M., für den Postprozeß und Preisfonds 161,05 M., an Unterstützungsbeiträgen 86,75 M., für Flugblätter 66 M., für Mitgliederbücher 140,80 M., Summa 1922,28 M.

Aus den Straßlisten der Parteipresse verdienen folgende Angaben der hervorgehoben zu werden. Von der Mannheimer „Volkstimme“ haben die Gen. Martin und Kehler die ihnen von der Wählerversammlung wegen Nachwächterbeleidigung subditen Gefängnisstrafen von einem Jahre resp. drei Monaten und Genosse Diez eine fünfmonatige Gefängnisstrafe, die er vom selben Gericht wegen Offiziersbeleidigung erhielt, im Wählerversammlung Bezirksgefängnis verbißt. Diez erhielt im Laufe dieses Jahres noch wegen Zeugnisverweigerung und Kehler wegen Wertverleumdung je 100 M. Geldstrafe. Vier Privatbeleidigungsklagen gegen die „Volkstimme“ endigten mit Vergleich und eine schwebt noch. — Aus der Gerichtsstiftung des Offenburgers „Volkstreuends“ verdienen in allererster Reihe Erwähnung die beiden Freisprechungen von der Anklage der Beleidigung der Militärbehörden im „Jus-Prozeß“ und im Militärhopf-Prozeß. Von Privatbeleidigungsklagen endigten zwei günstig für den „Volkstreuend“, zwei mit einem Vergleich und eine mit der Zurücknahme der Klage. In dem bekannten Postprozeß hat das Reichsgericht die Revision des Genossen Gericsh verworfen.

Für Parteizwecke gingen aus Zwickau ein: Papier Scheibewitz 11,50. Nachbar P. 24,88. Ferdinand J. S. — Ein verorteter Wirth 5. — Zecher 1. — Zilner 16,55. Papier Zwickau 4,80. Max K. 2. — Nothe Garde Niederhobndorf 7. — Heinrich P. 2. — Bädermeister O. 10. — Johann W. 8,55. Aus dem Staatsfädel 5. — Louis 5,80. Hammerbitrich 6,55. Von Gewerkschaften 68,22. Seher und Drucker 10,50. D. P. 20. — Aus dem großenbeutel 188,15. Behrich 9. — Marienthal Neue 68. — Plantz Neue 42. — Julius 14,80. E. M. 60. — R. C. 60. — Anker 5. — Baurath 10. — Heinrich 6,85. Nimmerahn 20,37. Kuh 1. — Max H. 4,40. G. J. 1,70. Winthorst 9,65. Kranenloffenwahl 1. — Staatsanwalt 25,51. Jacob 60. — Stamslofal 25,75. O. R. 8. — Papier Marienthal 1,26. Lohr 7,75. Kapitalisten 30. — Wechlerprobe 1,40. Feiner David 9,50. Tausch Oberhobndorf 3. — Neujahrs-Gratulation Oberhobndorf 2. — Adam Sann 2,90. D. B. 1,20. Summa 848,82 M.

Todtenliste der Partei. In Zipsendorf im Zeiger Kreise ist der Parteigenosse Edwin Winter im Alter von 54 Jahren gestorben. Er hat wegen seiner unermüdeten Agitation für den Sozialismus von den Zipsendorfer Notablen schwere Verfolgungen erlitten müssen. Es gelang ihnen aber nicht, den Verhafteten aus dem Orte zu vertreiben. An dem Begräbnis des treuen Kämpfers beteiligte sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft der ganzen Gegend. Ehre seinem Andenken.

George Julian Harney, der ehemalige Chartistenführer, der im Februar v. J. seinen 80. Geburtstag nach bei voller Gesundheit und Geistesfrische feiern konnte, ist am 18. Dezember gestorben. Er war am 17. Februar 1817 in Kent geboren. Als Kind armer Seelente hat er nur geringe Schulbildung genossen. Mit 16 Jahren kam er zu einem Buchdrucker, um das Schriften zu erlernen, blieb aber nicht lange dabei, sondern wurde Schriftsteller. Damals bestand in England noch der Zeitungstempel. Harney beteiligte sich hervorragend an dem Kampfe gegen den Stempel, der selbstverständlich ein großes Hindernis der Entfaltung der Presse war. Harney gab selbst ein „Ungefempelet“ heraus und hat dafür mehrfach Gefängnisstrafen erlitten. Mit großer Begeisterung warf er sich in die Agitation für die Sache der Chartisten, deren Führer er neben Jones, Stephens und O'Connor wurde. Mitte der vierziger Jahre ging die Chartistenbewegung zurück. Harney war im Gegensatz zu vielen seiner Genossen konsequent und wurde Sozialdemokrat. Seit 1842 mit Engels, seit 1848 mit Marx bekannt, blieb er mit beiden befreundet bis zu ihrem Tode. Im Laufe der Jahre ist Harney theils Redakteur, theils Mitarbeiter verschiedener Blätter gewesen, eine Reihe von Jahren hat er auch in Amerika gelebt. Zuletzt wohnte er in Richmond bei London. Er war ein ebenso glänzender Redner wie begabter Journalist. Bis zu seinem letzten Augenblick ist er thätig gewesen für die Sache des Proletariats. Selang es ihm auch nicht, das englische Proletariat zu einer sozialistischen Massenbewegung hinzureißen, so hat er doch

in Wort und Schrift Bedeutendes für die Ausbreitung des Sozialismus unter den Arbeitern Englands geleistet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Die vom Amtsgericht in Magdeburg verhängte Aufhebung der Beschlagnahme von der Buchhandlung der „Volkstimme“ gehörigen Bildern betraf 6 Bilder von Marx, Lassalle, Engels und Vollmar, die zum Theil im Verlag von Ad. Hoffmann in Berlin, zum Theil im Verlag von H. Degeln in München und im Verlag von Chr. Steinigen ebenfalls erschienen sind. Am 18. Novbr. waren die Bilder beschlagnahmt, am 19. November bestätigte das Amtsgericht die Beschlagnahme, weil die Bilder nicht dem § 6 des Preßgesetzes entsprächen; am 31. Dezember sind die Bilder der Buchhandlung wieder zugestellt worden, jedoch in beschädigtem Zustande. Der Vertreter der Buchhandlung, Genosse Harbaum, verlangt nun, daß ihm das Polizeipräsidium den Werth der Bilder im Betrage von 1,60 M. erzeuge.

— Gegen die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund sind im Jahre 1897 elf Klagen angestrengt worden, ebenso viel wie im Jahre vorher. Außerdem schwebten noch vier Klagen aus dem Jahre 1896, wovon zwei vom Gericht abgewiesen, eine zurückgezogen und eine (Beleidigung der Offiziere des deutschen Heeres) durch Verurteilung des Redakteurs zu 50 M. Geldstrafe erledigt wurde. Von den im Jahre 1897 anhängig gemachten Klagen schweben noch drei, während fünf zu Gunsten des Redakteurs und drei zu dessen Ungunsten ausfielen. An Strafen wurden verhängt: 4 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung des Bezirksfeldwebels Scheidt in Essen, 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Gendarmen Münter und 20 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Anarchisten Wimmer in Jueloh. Die noch schwebenden drei Prozesse betreffen Beleidigungsklagen des Braumeisters Will in Spandau, des Händlers Köpfer in Hörde und des Bau-Unternehmers Deifel in Dortmund.

— Die „Rheinische Tribüne“ schreibt: Unser inhaftirter Genosse Major befindet sich nach einer Mittheilung, die wir seiner Ehefrau verdanken, den Umständen nach wohl. Auch hat er über die Behandlung im Gefängnis nicht zu klagen. — Noch, der wegen Preßvergehens zu einer überaus harten Strafe verurtheilt worden ist, muß noch ein Jahr im Gefängnis zubringen. Möge er die lange Haft so gut überstehen, als das den Umständen nach möglich ist.

— Die Sozialdemokratie des 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreises Rirschberg-Auerbach im Vogtlande hielt zu Neujahr in Neichstau eine Versammlung ab, wo 17 Orte vertreten waren. Die Versammlung bot wieder ein interessantes Bild der Polizeipraktiken, die insbesondere im früheren Wirkungsbereich des Amtshauptmanns v. Polenz heimlich sind. Der „Leipz. Volksztg.“ wird darüber geschrieben: Um den Vertreter des Kreises im Reichstag, Genossen Hofmann aus Chemnitz, dem bisher in der Amtshauptmannschaft Plauen das öffentliche Sprechen verboten war, auch einmal zu Wort kommen zu lassen, wählte man ihn zum ersten Vorsitzenden, und siehe — er durfte reden. Hofmann sprach über die nächste Reichstagswahl. Hochleber-Esterberg, der zum zweiten Referenten für diesen Gegenstand in Aussicht genommen war, wurde das Wort entzogen, weil — keine Diskussion angemeldet wäre und daher zu jedem Punkte der Tagesordnung nur ein Redner sprechen dürfe. Alle Erklärungen des Präsidiums, daß so etwas nirgends im Gesetze stehe, halfen nichts, und um die Versammlung nicht der Auflösung verfallen zu lassen, ging man zum weiteren Gegenstand — Organisation und Agitation — über. Nachdem hierzu bereits vier Redner gesprochen hatten, fiel dem überwachenden Beamten wieder ein, daß ja nur einer reden dürfe, und er verbot das weitere Sprechen. Einwendungen hiergegen schritt der Beamte mit der Bemerkung ab, daß er seine Maßnahmen nicht kritisieren lasse. Doch das Bureau ertheilte weiteren Rednern zu demselben Gegenstand das Wort und — die Diskussion ging weiter! Doch wurde beschlossen, Beschwerde zu führen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Textilarbeiter Brandenburg! Zur allgemeinen Kenntniss, daß sich die am 6. Dezember neu gewählte Agitationskommission für die „Provinz Brandenburg“ konstituirte hat und zu ihrem Obmann den Kollegen Franz Kogke ernannt hat. Wir bitten deshalb, bei allen vorkommenden Fällen (Referenten, Flugblätter, Versammlungen betreffend) sich an die Adresse des Bestreuernden zu wenden. Auch sind Briefschaften und Gesendungen dorthin zu richten. Die Agitationskommission. F. K.: Franz Kogke, Berlin N.O., Morienburgerstr. 31, II. Hof 3 Tr. — Alle in der Provinz erscheinenden Parteiblätter werden um Abdruck ersucht!

Deutsches Reich.

In der Glasfabrik von Kirschbaum u. Co. in Gpytzen legten die Planiter und Anschläger wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder. Es wird gebeten, den Zuzug von Salsolfern und Metallträgern fernzuhalten.

In der Spiegel und Bilderrahmenfabrik von Kirschbaum u. Co. in Leipzig-Knecht ist sämtlichen Arbeitern gestündigt worden, weil sie sich weigerten, die bisher übliche Arbeitszeit von wöchentlich 56 Stunden auf Verlangen der Firma um drei Stunden zu erhöhen. Verhandlungen, von den Arbeitern mit der Firma eingeleitet wurden, lehnte diese schroff ab und wird sich nunmehr der Ausstand auch auf die Glasbleiber ausdehnen.

Die Eisenerde in Gotha beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten und bitten, vorläufig den Zuzug fernzuhalten.

In der Schuhfabrik von Regenfeiner in Pasing-München ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Ursache war die Einführung der neuen Zwickauschneide und der gleichzeitige vorgelegte niedere neue Tarif. Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik erklärten sich mit den in Ausstand eingetretenen Zwickern solidarisch, was zur Folge hatte, daß die Arbeit im ganzen Betrieb eingestellt wurde. Der Streik umfaßt 47 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die bis jetzt stattgehabten Unterhandlungen verliefen resultatlos. Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist streng fernzuhalten.

Den Austritt aus dem Verbands fordert die Firma Barm der Gold- und Silberwaaren-Fabrik in Braunschweig von ihren Arbeitern. Da die Arbeiter die Kündigung erhalten haben, sofern sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so steht in vierzehn Tagen nach Ablauf der Kündigung in der betreffenden Fabrik ein Ausstand bevor. Es wird deshalb um Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

Rußland.

In einigen bergischen Kohlengruben wird wieder gestreikt. So sind in Rissa u gegen 700 Mann am Montag nicht eingefahren. Die Verlegungen mehrerer Bechen der Umgebung von Hleruss und Chatalineau haben ebenfalls die Arbeit eingestellt. Das Motiv ist bei allen der Widerspruch gegen das neue Reglement, das die Unternehmer in allen Gruben eingeführt haben. In Charleroi soll es einem Herold-Telegramm zufolge zu Kravallen gekommen sein.

Vom Kampfe in der englischen Maschinenbau-Industrie ist allzu viel Neues nicht zu berichten. Durch die Beschlässe der Gewerkschaftskonferenz in London ist den Streikenden die Summe von etwa 280 000 M. pro Woche gesichert; den Rest der nöthigen Unterstützungsgelder hoffen die Maschinenbauer aus anderen Quellen zu erhalten. Mit besonderer Zuversicht blicken sie dabei auf die deutschen Arbeiter, die in der letzten Zeit jede Woche allein durch die Generalkommission gegen 10 000 M. abführten, ohne die Beträge, welche von einigen größeren Verbänden direkt gesandt wurden. Diese Beweise der internationalen Solidarität der deutschen Arbeiter, die in England so großes Erstaunen hervorgerufen haben, sind von einigen Vätern als von deutschen Unternehmern herrührend, verdächtigt worden. Barnes hat sehr recht, wenn er einem Mitarbeiter des „Star“ gegenüber diese Nachricht als eine böswillige Lüge kennzeichnet, in die Welt gesetzt, um die Maschinenbauer zu verächtlichen, als ob sie von dem Ausland unterstützt würden, damit sie

Um Schaden der englischen Industrie den Streit vorzuziehen können, währenddem die deutsche Industrie dabei gewinnt.

Der endliche Ausgang des Kampfes scheint heute noch ebenso ungewiß, als vor Monaten. Die Arbeiter stehen in ihrer großen Mehrheit fest; das hat die letzte Abstimmung bewiesen; nur die Dampfmaschinenbauer, die in Lancashire ihren Mittelpunkt haben, zeigten sich etwas mehr, als die übrigen Beiheligen zum Friedensschluß bereit. Die Sicherung der finanziellen Hilfe für die Arbeiter selbstverständlich auch moralisch. Die Unternehmer, welche in den letzten Wochen ohne Zweifel jeden Augenblick den Zusammenbruch des Widerstandes der Arbeiter erwarteten, scheinen sich dessen wohl auch bewußt zu werden, daß der Kampf noch recht lange dauern kann, und ein Theil schickt sich an, Konzessionen zu machen. Wie der "Köln. Ztg." aus London gemeldet wird, sind viele Großindustrielle Nord-Englands und Schottlands gewillt, die Verhältnisse unter folgenden Bedingungen wieder zu öffnen: 1. Die Arbeitsstunden werden ohne Lohnverminderung vermindert. 2. Die bisherigen Lohnsätze werden beibehalten. 3. Das Recht der Arbeiter, über alle Fragen bezüglich der Arbeitsbedingungen durch Vermittlung ihrer Vertreter zu verhandeln, wird anerkannt. 4. Die Arbeiter müssen einige ihrer Ansprüche fallen lassen und besonders den nicht in den Gewerksvereinen befindlichen Arbeitern die freie Arbeit lassen. Einige Fabrikanten haben für ihren eigenen Betrieb mit dem Leiter der Maschinenbauer-Gewerkschaft Unterhandlungen angeknüpft. Auf der andern Seite wird jedoch durch die "Daily-Chronicle" aus Glasgow gemeldet, daß außer in Liverpool, Manchester und Glasgow jetzt auch in Nottingham und Preston Arbeiterausperrungen erfolgt seien.

Nach allem aber scheinen im gegenwärtigen Moment die größeren Chancen auf Seiten der Arbeiter zu sein. Die Unternehmer können mit dem ihnen zu Gebote stehenden Arbeiterstab mit ihren Arbeiten nur geringe Fortschritte machen; sie müssen, je länger der Kampf dauert, je mehr befürchten, daß ihnen Aufträge verloren gehen. Die Verträge mit der Admiralität können nicht ausgeführt werden und Herr Goshen, der die in den Kontrakten enthaltenen Strafbestimmungen gegen die Unternehmer bisher noch nicht in Kraft gesetzt hat, kann damit nicht länger zögern, zumal die Tagesordnung des Parlaments heraufrückt.

Soziales.

Die Geschäftsergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherung im Jahre 1896 sind soeben dem Reichstage mitgeteilt worden. Die Vergleichung mit den früheren Jahren ist etwas erschwert durch eine vom Reichs-Versicherungsamt angeordnete Neugestaltung verschiedener Nachweise. Immerhin treten die Grundlinien der Entwicklung deutlich hervor.

Zehntausend, wie rasch die Invalidenrenten anwachsen, so daß sie die jährliche Altersrentensumme bald erreicht und überholt haben werden. Das Gesetz wird dann auch für den Sachkundigen seinen wahren Charakter äußerlich aufgeprägt erhalten: seine vorwiegende Bedeutung liegt ja nicht in den Vorkosten für die paar Geisse, sondern in dem Zuschuß an die vorzeitig Erwerbsunfähigen oder, auch der jüngsten Altersklassen. Heute sind infolge der für die Geisse günstigen Regelung der Beiträge, insbesondere in den Uebergangsbemessungen, natürlich die Altersrenten noch übermäßig; die Invaliden rücken eben erst allmählich ein in den Kreis der Rentenberechtigten. Indes zeigen die folgenden Zahlen klar das Ziel. Es zählten die 31 Versicherungs-Anstalten:

	für Altersrenten	für Invalidenrenten
1892	12318 781 M.	718 600 M.
1893	13336 163 "	2797 596 "
1894	14877 566 "	5368 486 "
1895	15630 814 "	8396 900 "
1896	16187 279 "	11588 101 "

1896 wurden bereits neben nur 25402 Altersrenten 60562 Invalidenrenten bewilligt.

Die Renten sind natürlich die Hauptleistungen der Anstalten. Sie erstatten aber ferner noch, nach 5 Beitragsjahren, die Hälfte der Beiträge zur Unterstützung für weibliche Personen, die sich verheiratet; dafür wurden 1896 1457099 M. gezahlt. Ferner für Beitrags-erstattungen an Witwen und Kinder beim Todesfall des Mannes 447598 M. Doch sind diese Erstattungsbeiträge übrigens bisher nicht, sie betragen bei den Bewilligungen von 1896 im Falle der Verheirathung durchschnittlich 23,74 M., im Todesfall 31,33 M. Die Versicherungsanstalten übernehmen schließlich noch das Heilverfahren für (nicht der reichsgerichtlichen Krankenfürsorge unterliegende) Versicherte, für die sonst Erwerbsunfähigkeit zu besorgen wäre; 1896 sind dafür 1164009 M. verwendet worden. Das ergeht mit den verschwindenden 1470 M. Kapitalabfindungen an fortgehende Ausländer insgesamt 30,85 Millionen Mark Entschädigungsbeträge.

Dazu treten 3,89 Millionen Mark laufende Verwaltungskosten, 2,06 Millionen Kosten der Beitragshebung und Kontrolle, ferner 724582 M. für Erhebungen, Schiedsgerichte u. s. w., sodas, abgesehen von Ueberweisungen an den Reservefonds, im ganzen an effektiven Ausgaben 87017413 M. nachgewiesen sind, denen an effektiven Einnahmen (Beiträge, Zinsen, Miete und Pacht aus Grundbesitz, erstatteten Rentenbeiträgen, Strafgebern und anderen zufälligen Einnahmen) gegenüberstehen 114536753 M. Der Gesamterlös aus Beiträgen stellt sich dabei auf 101,5 Millionen Mark, 6 Millionen mehr als 1895. Die Arbeiter hätten also die Hälfte, über 50 Millionen geleistet.

Bei allen diesen Ziffern sind nicht einbezogen die 9 zur selbstständigen Durchführung der Versicherung zugelassenen besonderen Klassen der Staats- und Kommunalbetriebe. Nimmt man diese hinzu, so würden für Invaliden- und Altersrenten, sowie für Beitrags-erstattungen nach den jährlichen Abrechnungen des Rechnungsbureaus gezahlt:

	überhaupt	davon zu Lasten des Reichs
1891	15 300 754,34	6 049 848,41
1892	22 425 035,25	8 971 072,04
1893	28 046 187,45	11 261 653,01
1894	34 847 820,78	13 834 896,57
1895	42 321 371,49	16 813 429,21
1896	50 489 476,00	19 119 658,31

Der Kapitalwert der endgültig festgesetzten Renten wird auf 124,7 Millionen für Altersrenten, auf 128 Millionen für Invalidenrenten angegeben. Da die Invalidenrenten länger laufen, so stehen sie hier also schon der Altersrentenlast gleich.

Das Vermögen der Anstalten beträgt 460 Millionen.

Ueberrachtungsräume für das Eisenbahnpersonal. Die „Berl. Corr.“ schreibt:

In einem neueren Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten werden die Eisenbahndirektionen darauf hingewiesen, daß bei Anlage von Ueberrachtungsräumen für das Fahrpersonal vor allem an der Forderung eines genügenden Lufttraumes der einzelnen Schlafzimmern festgehalten werden muß. Es ist daher eine solche Belegung der Schlafräume anzunehmen, daß auf das einzelne Bett kein geringerer Luftraum als 15 Kubikmeter entfällt. Auch ist bei derart knapp bemessenen Räumen auf Einrichtungen Bedacht zu nehmen, die eine besonders gute Lüftung ermöglichen. Ungeeignete und feuchte oder besonders unruhige Räume sind von der Benutzung als Schlafzimmer auszuschließen. Unzweckmäßig große oder als Durchgang dienende Schlafräume sind möglichst durch Einziehung von Wänden und Anordnung von Thüren derart einzurichten, daß ruhende Personen nicht durch ankommende oder abgehende Gestirbt werden.

Ferner ist darauf zu halten, daß nahe gelegene, ohne Ueberrichtung lebhaft betriebener Gleise zu erreichende Abortanlagen und Heizbare, von den Schlafzimmern getrennte Räume zum Kleidertrocknen und zum Anwärmen von Speisen und Getränken vorhanden sind. Soweit irgend angänglich, sind Vorkehrungen zu treffen, die es gestatten, für das ankommende Personal helles Wasser zur Verzeigung von Koffen ohne Schwierigkeit und Zutritt zur Ver-

fügung zu halten. Die Einrichtungen zum Waschen können gegebenenfalls in den Schlafräumen verbleiben, sind aber ausreichend zu bemessen.

Für das Lokomotivpersonal (Fahrer und Heizer) und für Zugführer und Packmeister sind kleinere Zimmer mit zwei Betten vorzusehen, während für das Wagenpersonal, nach Zuggruppen getrennt, ein Schlafräum von entsprechender Größe als ausreichend zu erachten ist.

Die Alters- und Invalidenversicherungs-Anstalt für das Königreich Sachsen hatte Ende 1896 ein Gesamtvermögen von 48 180 232 M. Davon waren 1 851 692 M. für gemeinnützige Zwecke ausgegeben und zwar 757 918 M. in 38 Pforten an Arbeiterwohnhäuser und 1 093 779 M. auf Krankenhäuser. Die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen (mit Ausschluß der Grundstücke) betrug 3,584 pCt.

Gerihts-Beitug.

Hat der Militärkassus sein Verhältniß am Tempelhofer Felde zu veräußern? Hierüber hatte sich gestern das Ober-Verwaltungsgericht schlüssig zu machen. Die Gemeinde Tempelhof zog den Fiskus mit 33 000 M. und die Gemeinde Schöneberg mit 30 000 M. zur Gemeinde-Grundsteuer heran. Es handelt sich um die Theile des Truppenübungsplatzes auf dem Tempelhofer Felde, die im Bezirk der beiden Gemeinden liegen. Der Fiskus lagte demgemäß gegen die Gemeinden auf Freistellung von der Steuer, indem er sich auf den § 24 c des Kommunalabgabengesetzes und auf die Kabinettsordre vom 8. Juni 1884 berief. Die Beklagten hätten die Kabinettsordre nicht richtig ausgelegt. Der Kreisaußschuß und der Bezirksaußschuß erkannten dann auch wegen des Übungsplatzes auf Freistellung. Der Fiskus wurde nun verurtheilt, eine im Dorfe Tempelhof gelegene Poststelle mit 80 M. zu versteuern. In der Tempelhofer Sache führte der Bezirksaußschuß bezüglich der Versteuerung des Übungsplatzes an: Die zu öffentlichen Diensten bestimmten bebauten und unbebauten Grundstücke seien von Kommunalabgaben insoweit frei, als nicht die Kabinettsordre von 1884 die Freiheit einschränke. Nach der Kabinettsordre seien zwar derartige Grundstücke, wenn sie vor 1884 vom Fiskus erworben wurden, in Höhe des bisherigen Antheils weiter zu den Gemeindefasten heranzuziehen. Nun sei jedoch in Tempelhof die Steuer früher nach dem Fußfuß entrichtet worden, während sie jetzt nach dem gemeinen Werthe der Grundstücke berechnet werde. Infolge dieser Aenderung der Steuerfassung müsse die Steuerpflicht des Fiskus als erloschen gelten. In der Sache der Gemeinde Schöneberg kam der Bezirksaußschuß zur Freistellung des Klägers aus der Erwägung, daß hier von dem Fortbestehen einer Realverpflichtung nicht die Rede sein könne, weil die Gemeinde vor 1884 von den Grundstücken überhaupt keine Steuer erhoben habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf die Revisionen der Gemeinden Tempelhof und Schöneberg, womit diese die Urtheile des Bezirksaußschusses angefochten hatten, als unbegründet. Der Militärkassus braucht also für jene Grundstücke, die viele Millionen werth sind, keine Gemeindefaststeuer zu zahlen und die in Betracht kommenden Gemeinden sind um eine schöne Hoffnung ärmer.

Gewerbevergehen. Der Tischlermeister Thoms hatte eines Tages den Tischler Schumann entlassen und gleichzeitig einem andern Gesellen, Rogasinski, geschrieben, er solle bei ihm eintreten. Da Rogasinski den Meister kurz vorher besucht hatte, glaubte Schumann, daß Rogasinski ihn aus der Stellung verdrängt habe, und als er ihn in einer Kneipe traf, machte er seinem Unmuth lebhaft Luft. Auch andere früher bei Thoms beschäftigte Gesellen beteiligten sich an der Auseinandersetzung und redeten Rogasinski zu, unter diesen Umständen die Stellung nicht anzunehmen. Dabei fielen Drohungen, und es gab auch etliche Pöffe. Schumann und drei Andere Gesellen wurden daraus von Thoms angezeigt und wurden wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung angeklagt. In der Verhandlung, die am 25. November vor dem Schöffengerichte stattfand, beantragte der Staatsanwalt gegen Schumann und zwei andere Gefängnisstrafen von je einem Monate, gegen den Bierern von 14 Tagen. Damals wies der Verteidiger Rechtsanwalt Heine darauf hin, daß eine Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie in § 153 der Gewerbe-Ordnung vorausgesetzt werde, gar nicht vorliege, und daß deshalb höchstens wegen versuchter Mithigung verurtheilt werden könnte. Das Schöffengericht trat dem bei und verwies, weil es für dies Vergehen nicht zuständig war, die Sache an das Landgericht. In der Verhandlung am 31. Dezember wurden nun die Angeklagten zwar verurtheilt, aber jeder nur zu 20 M. Geldstrafe. Dies wäre nach § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht möglich gewesen, es hätte dann unbedingt auf Gefängnis erkannt werden müssen.

Duellpöpel. Wegen Zweikampfs wurden gestern der stud. phil. Ernst Große und der stud. arch. Walter Frost vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Am 24. Juli v. J. wurden beide Angeklagte dabei betroffen, als sie in einem hiesigen Schanklokal eine Schlägerei auszufechten hatten. Es war eine Bestimmungenensur mit geschlossenen Schlägern, die nach dem Plenarbeschlusse des Reichsgerichts unter allen Umständen als Zweikampf mit tödtlichen Waffen zu gelten hat. Die Angeklagten machten geltend, daß bei der Reizung die üblichen Schutzvorrichtungen mit Kappen, Brillen und Bandagen getroffen worden wären. Der Staatsanwalt beantragte je drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf eine Strafe in dieser Höhe.

Wismarckbrüder unter sich. Der Rechtsstreit, der sich an die Berliner Wismarck-Ausstellung vom Jahre 1895 knüpfte, ist nun endlich entschieden. Im April 1895 sagte Direktor Schöff den Plan, die Jubiläumsgeschenke des Fürsten Wismarck in Berlin öffentlich auszustellen und den Reingewinn der „Fürst Wismarck-Stiftung“ zuzuwenden. Der Fürst erklärte sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß nicht eine Privatperson, sondern ein Komitee geeigneter Männer ihm das Geschw. um Ueberlassung der Komitete unterbreite. Herr Schöff brachte dieses Komitee zu Stande, und die Ausstellung fand vom 1. Mai bis Ende September 1895 statt. Er führte den Uebereschuß an den Schatzmeister des Komitees Herrn v. Bülow ab und legte diesem Rechnung. Die Hälfte der Komiteemitglieder waren zugleich Mitglieder der Wismarck-Stiftung, die den Uebereschuß erhielt. Der Vorstand dieser Stiftung behauptete, daß die Stiftung die eigentliche Kassiererin und Schöff nur ihr Beamter gewesen sei, der daher auch der Wismarck-Stiftung Rechnung zu legen habe. Da Direktor Schöff sich dessen weigerte, so veranlagte ihn der Vorstand der Stiftung. Die erheblichsten Momente für die rechtliche Beurtheilung des Streitfalles ergab die Vernehmung des Sekretärs des Fürsten Wismarck Dr. Christophander. Hiernach hat der Beklagte Mitte April mit Dr. Christophander über das Unternehmen gesprochen, vermutlich in der Richtung, daß ein Komitee die Sache in die Hand nehmen solle. Am 14. April ist ein auf das Unternehmen gerichteter Antrag, der von einem aus achtzehn Mitgliedern bestehenden Komitee unterzeichnet war, an den Fürsten gelangt, der darauf diesem Komitee die Ausstellung genehmigte. In dem Antrage hieß es: „Es ist beabsichtigt, den Ertrag der Ausstellung der von Ew. Durchlaucht genehmigten Fürst Wismarck-Stiftung zu überreichen.“ Erheblich war nun, zu wissen, ob dieses Komitee mit der Klägerin identisch war. Auf Grund der Beweisnahme kam die sechste Zivilkammer am Landgericht I zu der Ueberzeugung, daß diese Frage zu verneinen ist, und daß der Beklagte die Bildung des Komitees selbst veranlaßt hat. Demnach war der Beklagte nicht der Klägerin, sondern, wenn überhaupt, dem auf seine Veranlassung und durch ihn selbst ins Leben gerufenen Komitee Rechnung über Ausgaben und Einnahmen zu legen verpflichtet. Da auch ein zweites Klagefundament — Vertrag zu gunsten eines Dritten — nach Lage der Sache nicht begründet war, so wurde die Klägerin mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Mit einem schiffen Mißklang hat der Eisenbahnassistent Eduard Dewe, der gestern unter der Anlage der Untere-schlagung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand, seine mehr als dreißigjährige amtliche Thätigkeit abgeschlossen. Der aus der Untersuchungskast vorgeführte alte Mann hat die seiner Fürsorge anvertrauten Mängel um einen erheblichen Theil ihres Vermögens zu bringen gewünscht. Der Vater dieser Kinder war sein alter Freund, in dessen Familie er seit langen Jahren intim verkehrte. Nach dem Tode des Freundes bestellte ihn die Wittve zum Vormund ihrer Kinder und betraute ihn mit der Verwaltung des den letzteren zustehenden Vermögens. Er hat das Vertrauen arg getäuscht, denn er hat es nicht verschmäht, wiederholt Eingriffe in das Eigenthum seiner Mängel zu thun und sich Vertheilung, Kupons u. anzuweisen. Der Gesamt-betrag der unterschlagenen Summe ist auf 6000 M. berechnet worden. Wo das Geld eigentlich hingekommen ist, vermochte die Verhandlung mit Sicherheit nicht festzustellen. Der Angeklagte, der seine ehrlose Handlungsweise reuenvoll zugab, behauptete, daß er durch Krankheit, einen größeren Börsenverlust und dergleichen auf die schiefe Ebene gerathen sei und hat nur um milde Beurtheilung seines Fehltritts, da er durch seine Dienstentlassung schon schwer bestraft sei und nun in seinem Alter als Bettler dasiehe. Der Staats-anwalt hielt es für geboten, darauf hinzuweisen, daß solche Veruntreunungen Mängel gegenüber besonders scharf zu ahnden seien und beantragte 2 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Konfessionelles Gezänk vor dem Reichsgericht. Das Landgericht Bochum hat am 15. Oktober den Debatteur des Rheinisch-westfälischen Tageblattes, Rudolf Quandel, wegen Beleidigung des Bürgermeisters F. von Steele zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um einen Artikel, in welchem Herr Quandel die Intention seiner Glaubensgenossen, der evangelischen Einwohner von Steele und König-Steele, wahrgenommen hatte. Mit Erlaubnis des Bürgermeisters von Steele (eines Katholiken) hatte der katholische Gesellenverein einen Unzug mit Musik an einem Sonntag veranstaltet und war auch mit Musik in sein neues Vereinshaus eingezogen. Dieses liegt 50 Meter von der evangelischen Kirche in König-Steele entfernt. Durch die lustigen Weisen der Kapelle wurden die Besucher des Gottesdienstes in ihrer Andacht und der Pastor in seiner amtlichen Thätigkeit gestört. Diese erwiesenen Thatlagen hat der Angeklagte in seinem Artikel mitgetheilt und nebenbei hat er noch einige kritische Bemerkungen über das Verhalten des Bürgermeisters gemacht. In der letzteren hat das Gericht die Beleidigung erblickt. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichs-anwalt für begründet erklärt. Wenn der Bürgermeister die Erlaubnis zu dem Unzuge erteilt habe, so sei er auch für die stattgefundene Ueberschreitung verantwortlich, denn er habe wissen müssen, daß der Unzug in die Nähe der Kirche komme. Bei solcher Sachlage könne nicht davon die Rede sein, daß der Angeklagte eine unwahre Thatsache behauptet habe, wenn er den Bürgermeister für die Störung des Gottesdienstes verantwortlich gemacht habe. — Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht Duisburg.

Umfangreiche Diebstähle an Eisenbahn-Wägern werden dem seit langen Jahren auf dem Schlesienschen Bahnhofe angestellten Lademmeister Borgwald zur Last gelegt, der sich seit mehreren Wochen in Untersuchungshaft befindet. Seit längerer Zeit schon sind auf dem Schlesienschen Bahnhofe fortgesetzt Diebstähle an ein- und ausgehenden Wägern zur Meldung gekommen, insbesondere waren Klagen über Diebstähle an Nahrungsmitteln, namentlich Eiern, an der Tagesordnung. Berlin ist bekanntlich der Mittelpunkt des gesammten Eisenhandels und speziell auf dem Schlesienschen Bahnhofe lagern reich große Mengen nicht nur inländischer, sondern auch ausländischer Eisenendungen. Dem Lademeister B. wird nun zur Last gelegt, daß er wiederholt die Masse des Sonntagdienstes dazu benützt hat, um die Eisen-vorräthe in umfangreicher Weise zu betauben. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren, in welchem in kurzer Zeit der Haupt-verhandlungs-Termin stattfinden wird, richtet sich auch gegen seinen Abnehmer, einen hiesigen Schankwirth und einen Expeditionskutscher, der den Transport der Eisenendungen bewirkt hat. Für die beiden Mitangeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Schwindt einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten.

Verfammlungen.

Zu der Mitgliederversammlung der Filiale Berlin I des Verbandes der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands gab nach einem Vortrag des Dr. Seutler der Kassier die Abrechnung vom IV. Quartal 1897. Darnach betrug die Einnahme inklusive Bestand vom III. Quartal 820,45 M. und die Ausgabe 514,90 M., mithin bleibt Bestand 305,55 M. Der Kassier wurde entlastet. Der Bibliothekar ersucht die Kollegen, entliehene Bücher wieder rechtzeitig abzugeben. Eine lebhaft Diskussion entstand über die Zustände in der Möbelfabrik von J. C. Pfaff, Zeughoßstr. 3. Die nächste Versammlung findet am 9. Februar statt mit einem Referat über Schutzvorrichtungen.

Schöneberg. Am Montag, den 3. Januar, fand hier in Obh'schen Lokale die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Gen. Schulze gab die Abrechnung vom letzten Quartal, die Einnahmen betragen 223,15 M., die Ausgaben 23,60 M., es bleibt mithin ein Bestand von 199,55 M. — Hierauf hielt Genosse Köster einen Vortrag über die Frage: „Gibt es einen Beruf, dessen Angehörige sich nicht organisieren können?“, dem sich eine sehr lebhaft Diskussion anschloß. Die meisten Redner verneinten diese Frage. — Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde dann die Versammlung um 1/212 Uhr geschlossen. — Die nächste Versammlung findet am Montag, den 17. Januar, in der Schloßbrauerei statt, worauf die Mitglieder schon jetzt aufmerksam gemacht werden.

Niedorf. In der Versammlung der Möbelpolierer vom 3. Januar referierte Nierich über: „Die Volksnahrung“. Die Anwesenden wurden ersucht, Zeitungen und Schriften nur durch die Parteipost zu beziehen, damit Geld für die Wahlen gesammelt werde. Sodann wurde noch auf die am 17. Januar bei Keller, Koppensstraße, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht.

Zentralverband der Konditoren. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenkeller, 67, Generalversammlung. Tagesordnung: Kassendbericht; Verwaltung des Gesamtverbandes. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet der Vorstand.

Zentralverein der Surrau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin). Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenkellerstraße 67: Vortrag des Herrn Dr. Wehl über Sozialismus.

Berliner Naturhistorischer Verein. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Vereins junger Kaufleute, Zeughoßstr. 20, öffentlicher Vortrag der Frau Linnig über: Frauenleben und deren naturgemäße Geltung. Nur Damen haben Zutritt.

Arbeiter-Kassiererverein „Berlin“ (Bezirk I). Heute, abends 9 Uhr, Versammlung bei Witte, Andreaskir. 28.

Städtischer Verein Billtopf. Sitzung heute, abends 9 Uhr, bei Gensl, Tiefendammstr. 24.

Depeschen und letzte Nachrichten.

London, 5. Januar. (W. Z. B.) Den Morgenblättern zufolge wird der neue Kreuzer „Arrogant“ Ende des Monats zur Verstärkung des britischen Geschwaders nach China in See gehen. Der „Press-Association“ wird amtlich versichert, daß die Nachricht, die englische Regierung bestimme auf einer Gebietsabtretung in China, unbegründet sei.

Sant, 5. Januar. (W. Z. B.) Ein Karabinier Namens Ferrero tödtete infolge von Streitigkeiten in der Trunkenheit in San Luciano Macra zwei Karabiniere und verwundete einen Postdamen, der auf die Schiffe hin herbeigeilert war. Ferrero ist entlassen.

Madrid, 5. Januar. (W. Z. B.) Der General-Prokurator hat in der heutigen Verhandlung des Obersten Kriegsgerichtes gegen den General Wepler erklärt, er habe nichts gefunden, was zu einem Verurtheil gegen den General Wepler Anlaß geben könnte. Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Lokales.

Der Magistrat und das Denkmal der Märzgefallenen.
Das hochschätzliche Organ des Organisations von Bauernausständen a. D., die „Verl. polit. Nachr.“, schreiben heute:

„Es ist anzunehmen, daß der Magistrat der Hauptstadt Berlin dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung auf Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen nicht beitreten wird, weil er zwischen die Ueberzeugung gewonnen haben muß, daß von einer Ausführung dieses Beschlusses doch nicht die Rede sein kann, und eine weitere Verfolgung des Gedankens nur zu sehr unlieblichen Weiterungen führen könnte.“

Woher weiß das alles der Schweinburg? Oder soll es sich dabei bloß um eine leise Mahnung an die Zelle und Genossen handeln? —

Wiffr. Die von der „Post“ gebrachte Zeitungsentee über eine Unterredung des Polizeipräsidenten mit den Vertretern der bürgerlichen Frauenbewegung ist bekanntlich auch von uns am 11. Dezember v. J. erwähnt und mit einigen Bemerkungen versehen worden. Diese ungeschicklichen Gassen haben nun der von uns hochgeschätzten Frau Minna Cauer nicht gefallen. Die Leiterin der Frauenbewegung schreibt uns: „Von einer persönlichen Unterredung, welche Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung mit dem Polizeipräsidenten gepflogen haben sollen, ist in den Kreisen derselben trotz gemachter Aufzählung nichts bekannt geworden, ebenso wenig wie bisher eine schriftliche Erklärung an Frau Cauer gelangt ist. Folglich sind wir von derselben weder „erschreckt“, noch wird sie uns, selbst wenn sie einlaufen sollte, hindern, „Worte zu finden“, wenn wir u. a. auch den Fall Köppen und die Zustände in unserer Sittenpolizei in einer öffentlichen Versammlung am 9. d. Mts. zur Erörterung bringen.“

Dies Versprechen erstreckt uns. Wenn wir auch, wie hier wiederholt sei, die preussische Polizei ebenso wenig für reformfähig halten, wie die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, zu deren Schutze sie auf der Welt ist, so sind wir immerhin des Eifers froh, mit dem die bürgerlichen Damen den Kampf aufgenommen haben. Wenn diese Kämpferinnen nun gar noch die bekanntlich immer zum Ducken bereit gewesenen männlichen Vertreter des Bürgerthums durch ihre Energie beschämen, so wird uns dies selbst angeichts des Unsaundes mit Respekt erfüllen, daß die Mittel und Ziele der bürgerlichen Frauenbewegung und durchaus nicht einwandfrei erscheinen. Aber erst Beweise, meine Damen! Zeigen Sie einmal, daß Sie den proletarischen Frauen nicht nachsehen!

Die Konfuz der „Großen Berliner“ erscheint abermals in einer uns aus Arbeiterkreisen zugehenden Mittheilung in bekannter, liebtlicher Beleuchtung. Die „Friedebahn“-Wochenkarte, so schreibt uns unser Gewährsmann, gelten, mit Ausnahme der Sonntage, zweimal täglich und zwar morgens bis 7 Uhr und nachmittags nach 4 Uhr für eine 25 Pfennig-Strecke. Sie kosten 1 M. 20 Pfg. Ein großer Vortheil ist durch die Karten an sich nicht geboten, da bekanntlich etwa 95 pCt. der Passagiere nur Zehnpfennig-Strecken durchfahren. Trotzdem die beiden letzten Wochen nur fünf Arbeitstage hatten, mußte doch der volle Preis für die Karten bezahlt werden. Als ich mir gefallte, meine Verminderung über diese gegen Arbeiter gerichtete Geschäftspraktik anzusprechen, wurde mir die polizeiliche Antwort zu Theil, daß ich ja nicht nötig hätte, eine Karte zu nehmen. Die „Große Berliner“ kann sich eben einen derartigen Umgangston leisten.

In der Angelegenheit des Schumanns, der in der Nacht zum 29. Dezember ein Mädchen nach dem Thiergarten verschleppte und ihm dort unbillige Anträge stellte, geht eine Notiz durch einige Zeitungen, nach der der beschuldigte Schumann, um sein Mibi nachzuweisen, Jengen sucht, die gesehen haben, wie er in der Zeit, um die es sich bei der Beschuldigung handelt, ein des Diebstahls verdächtiges Mädchen nach den Anlagen des Königsplatzes verfolgte, um es der Wache zuzuführen. Hierzu bemerken wir, daß der M. Sch. bereits bei ihrer protokolllarischen Vernehmung auf der Polizeiwache — die aber viel später als die durch die Mutter anhängig gemachte Anzeige erfolgte — die Schumannsaussage bezüglich der Verfolgung der Diebin vorgelesen wurde. Dem gegenüber erklärte die Sch., daß sie mit ruhigem Gewissen beschwören könne, daß der ihr gegenübergestellte Schumann (seit 12 Jahren im Dienst und Familienvater) der von ihr beschuldigte sei. Sie ist im übrigen in der Lage, bis auf die Minute ihren Aufenthalt im Generalhabs-Gebäude nachzuweisen zu können, zumal sie dort mit einer Schumannsfamilie Besuch abstatte. Erwähnt sei noch, daß sie dem verschwindenden Transporteur nachrief: „Nun haben Sie mich hierher nach dem dankten Thiergarten verschleppt, bringen Sie mich doch wenigstens wieder heraus!“ — In der den Zeitungen abermittelten Benachrichtigung des königl. Polizeipräsidenten von der Suspendirung des Angeklagten ist wohl aus Versehen der Vorgang in die Nacht zum 31. verlegt.

Die Polizei nimmt Veranlassung, einen von ihr vor kurzem veröffentlichten Bericht zu demittiren. Sie schreibt: „Der Vorfall, bei dem in der Nacht vom 1. zum 2. dieses Monats der Kaufmann Schwenterley in der Neuen Königstraße ums Leben kam, hat sich nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei wesentlich anders zugetragen, als es nach den ersten Angaben der Fall zu sein schien (und im amtlichen Polizeibericht mitgetheilt war). Durch einwandfreie Zeugnisse ist bekannt, daß Schwenterley nicht betrunken war und keineswegs den Streit mit dem Schlächtergesellen Kohl angefangen hat. Kohl soll vielmehr in der Neuen Königstraße Passanten angerempelt haben und ebenso den Schwenterley; als dieser sich dies verbat und, wie allerdings der Fall zu sein scheint, mit dem Stock nach ihm schlagen wollte, hob Kohl, ein Hüne von Gestalt, den Schwenterley wie einen Wallen in die Höhe und warf ihn mit solcher Wucht auf das Pflaster, daß er todt liegen blieb. Kohl ist unter der Anschuldigung der schweren Körperverletzung mit tödtlichem Ausgang der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden.“ — In der Angelegenheit des unrichtigen Polizeiberichts über die Affäre des Handelsmannes Zimmer ist immer noch keine amtliche Mitteilung erschienen.

Der Plan zum Neubau der Charitee hat vor seiner definitiven Einstellung in den Etat noch eine erhebliche Verzögerung erfahren. Diese Verzögerung betrifft, wie die „Nat.-Ztg.“ erzählt, vorzugsweise die auf dem südlichen Theil der Chariteegeändes an der Schumann- und Luisenstraße aufzuführenden Gebäude. Danach wird das Verwaltungsgebäude nicht, wie bisher projektiert war, an der Luisenstraße gegenüber der Thierärztlichen Hochschule seinen Platz erhalten, sondern in der Schumannstraße westlich vom Gräfenhof, wo jetzt schon der Haupteingang der Charitee ist. An der Luisenstraße neben dem alten Beamtenwohnhaus soll ein zweites kleineres Beamtenhaus mit Kerkelassen und südlich davon die Kapelle errichtet werden. Das Wohnhaus für die beiden Direktoren der Charitee wird rechts vom Gräfenhof zu stehen kommen. Diese Beschließung bedingt auch eine veränderte Lage der unmittelbar hinter dem Verwaltungsgebäude projektierten neuen Frauenklinik, deren Längsachse statt von Nord nach Süd die Richtung von West nach Ost erhalten wird.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gefaßt sich abermals in der von ihrem Standpunkt aus immerhin überdrüssigen Schwärzerei für die Prügelei. Ein Nabaubrunder gewöhnlichen Schlages, der harmlose Leute auf der Straße niedertrappelte, ist zu der nach Meinung des agrarischen Blattes viel zu niedrigen Strafe von 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Der Klausel mußte mit dem Verzeihen seines Verbrechens während geschäftigt werden. Schön. Wie wird das aber den Duellkämpeln, den gutbürgerlichen Dienstmannen-prüglern und anderen Kramen der „Deutschen Tageszeitung“ gefallen? Ist das Agrarierorgan seiner Sache so sicher? Was singe das Blatt an, wenn seine stille Hoffnung, daß diese Hochheißverbrecher hart

behandelt werden, getäuscht würde? Das könnte im ofielbischen Kulturereich einen netten Krach abgeben!

Ein lebhaftes Interesse für die Radler hat Herr v. Miquel an den Tag. Herr v. Miquel ist, wie die „Volks-Ztg.“ schreibt, ein Freund der ausgleichenden Gerechtigkeit, und so will er, daß die Radler in den Straßen und Fährgeleisen nicht besser behandelt werden „als Kinderwagen und dergl.“, zumal, wie der Finanzminister und der Arbeitsminister in einem sog. Rundschreiben hervorheben, die Fähräder nicht allein zur Beförderung von Personen, sondern vielfach auch — z. B. seitens Handelsreisender — zum Transport von Paketeien benutzt werden. Den Ober- resp. Regierungspräsidenten wird es daher seitens der beiden Minister überlassen, innerhalb ihrer Zuständigkeit diejenigen Straßen und Fährtarife, in welchen eine Abgabe für Fähräder nicht vorgesehen ist, durch Einschlebung einer angemessenen Gebühr für diese zu ergänzen, wobei jedoch die besonderen Verhältnisse der einzelnen Ortschaften, die unter Umständen die weitere Freilassung des Fähradverkehrs angezeigt erscheinen lassen können, zu berücksichtigen und für kommunale und private Gebungen die Anträge der Gebungsberechtigten abzuwarten sind.

Spiritus-Gläslicht als Straßenbeleuchtung ist seit einiger Zeit längs des Zoologischen Gartens gegenüber dem Stabstabskaserne gleichem Namens zur Einführung gelangt. Da sich dort die Verlegung von Gasröhren im Interesse des Baumstandes verbietet, so hatte die städtische Verwaltung von Charlottenburg erst Versuche mit Lignol gemacht, um jene durch die Wagen der Dampfbahn gefährdete Stelle einigermaßen mit ausreichendem Licht zu versehen, da der Platz nur spärlich von den offenen Gasflammen am Bahnhofsgebäude beleuchtet ist. Nachdem sich das Lignol nicht bewährt hatte, ist man neuerdings zu der Monopol-Spirituslampe nach dem Patente von Dessi in Berlin übergegangen. Diese soll so gut funktionieren, daß jetzt an zwei weiteren Stellen in Charlottenburg Spiritus-Gläslicht zur Straßenbeleuchtung verwendet werden soll, einmal in dem unbedauten Theile der Konigsstraße zwischen Leibniz- und Schlüterstraße, dann in der Wielandstraße, wo noch keine Leuchtgasleitungen verlegt sind und bisher Petroleum gebrannt wurde. Eine Spiritus-Gläslichtlampe leuchtet beinahe ebenso hell wie Gas-Gläslicht. Dieser hat die Verwendung des Spiritus-Gläslichts in den hohen Kosten, die es verursacht, bedeutende Schwächen gefunden. Es wird nicht berichtet, wie theuer sich die neue Straßenbeleuchtung stellt.

Der Neglerungs- und Conrath Richter aus Berlin, der im November v. J. zum Stadtverordneten in Charlottenburg gewählt worden war und gestern, Mittwoch, in die Stadtverordneten-Versammlung eingeführt werden sollte, ist plötzlich gestorben. Gestern Nachmittag um 3 Uhr trug man ihn in Sühneberg auf dem alten Friedhofe an der Hauptstraße zu Grabe. Auch zahlreiche Charlottenburger Stadtverordnete gaben ihm das letzte Geleit.

Der Verlag der „Berliner Gerichts-Zeitung“ bestatigt die von uns gebrachten Mittheilungen über die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in der früheren Denderei dieses Blattes herrschten, in dem folgenden höchst übersässigen Schreiben: „Die beiden Mitinhaber der „Berl. Ger.-Ztg.“ gaben wohl das Versprechen, die Ansprüche der Seher an die Druckerei befriedigen zu helfen. Dazu waren sie auch bereit, wie Zeugen bekunden können, als sie aber diese Bereitschaft dem Inhaber der Druckerei mittheilten, erklärte dieser, daß nüge nichts, er müsse doch aufhören zu drucken, da weitere Summen nötig wären. Infolge dessen wurde der Druck der „Berl. Ger.-Ztg.“ einer anderen Firma übergeben und den Sehern der früheren Druckerei versprochen, man werde ihre Einstellung bei der neuen Druckerei angelegenlichst befürworten. Dies ist auch geschehen, wie festgestellt werden kann. Daß es vergeblich geschah, kann den Verlegern der „Berl. Ger.-Ztg.“ nicht zur Last gelegt werden. Die Behauptung, jene hätten ihrer „Verwundung“ darüber Ausdruck gegeben, daß die „Berl. Ger.-Ztg.“ mit einem Male „anderwo“ gedruckt werde, ist so widersinnig, daß es sich erübrigt, weiter darauf einzugehen.“

Trotzdem beruht diese in der Angelegenheit an sich ja ziemlich nebenfällige Behauptung, wie wir nochmals mittheilen, auf Wahrheit. Was im übrigen die Zuschrift „berichtigten“ soll, mögen die Götter und der Verlag der Gerichts-Zeitung wissen. Sie enthält nichts als eine Bestätigung der von uns gebrachten Mittheilungen.

Van-Anglück. Am Mittwoch Nachmittag um 1/4 Uhr ist der 40 Jahre alte Arbeiter Karl Dahms aus der Schulstr. 103 an dem Grundstück der Elektrizitätswerke in der Luisenstr. 33 tödtlich verunglückt. Das Bein eines eisernen Dreifusses, der bei der Befestigung der Grundmauern benutzt wird und umfiel, weil die einen Betonlabe tragende Kette aus dem Flaschenzug gerieth, traf den bei diesen Arbeiten beschäftigten Dahms so wuchtig, daß er mit dem Kopfe gegen eine Mauer stieß und sich einen Schädelbruch zuzog. In diesem Noth er gestern Nachmittag um 8 Uhr in der Charitee, in die man ihn mit einer Droschke gebracht hatte. Der Verunglückte lebte in kinderloser Ehe.

Gasexplosion. Als gestern Abend das Dienstmädchen Emma Reiche das Badestimmer ihrer Landgrafenstraße 7 wohnenden Dienstherrschaft mit einer brennenden Lampe betrat, entzündete sich an einem Gasbahn ausgeströmtes Gas. Das Mädchen kam mit einer unbedeutenden Verletzung im Gesicht davon. Der Badeofen sowie die Fensterscheiben wurden zertrümmert.

Auf dem unbedauten Lande zwischen der Miesstraße und der Birkenstraße wurde nachmittags der Schüler Alex Dressler von einem unbedauten geliebten Manne, der dort nach Sperlingen geschossen haben soll, durch einen Schuß am linken Oberarm unbedeutend verletzt. Das anscheinend aus einem Revolver stammende Geschos hatte dicht unter der Haut einen drei Zentimeter langen Schußkanal geschlagen.

Auf dem Wege vom Sterbebett seiner Mutter zu einem in Rummelsburg wohnenden Bruder, den er von dem Todesfalle Mittheilung machen wollte, ist der Arbeiter Otto Hättig, ein Krüppel von 41 Jahren, zum zweitenmal schwer verunglückt. Hättig, der vor 8 Jahren auf einem Kohlenplatze so schwer verunglückte, daß er das rechte Bein verlor und einen Stelzfuß tragen mußte, wohnte mit seiner Mutter, einer Wittwe von 65 Jahren, in der Mühlenstr. 32 zusammen. Am Spelvestertag erkrankte die Frau plötzlich und starb am Sonntag in Bekantien. Von hier machte sich ihr Sohn auf den Weg nach Rummelsburg. Er kam aber weder bei seinem Bruder an, noch kehrte er nach Hause zurück. Auf seine Anzeige erhielt sein Hausvater Krause gestern Nachmittag von der Polizei die Mittheilung, daß man Hättig auf dem Wege nach Rummelsburg so schwer verunglückt aufgefunden hat, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

In der Wohnung eines in Sühneberg festgenommenen Einbrechers wurden bei der polizeilichen Hausdurchsuchung unter anderem eine große Anzahl von Reichthümern vorgefunden. Sechs dieser Reichthümer führen die Bezeichnung: „Vollmisch C. G.“ — Der Eigenthümer dieser Kannen wird ersucht, sich während der Vormittagsstunden auf dem Polizeipräsidenten Zimmer 36 einzufinden.

Als Hochkapler verhaftet wurde in Budapest der in Berlin ansässige Handlungsreisende Quatzmann, welcher im Auftrage seiner Firma in Budapest von Kriminalbeamten beobachtet und festgenommen auf Grund eines Stechbriefes gegen einen internationalen Hochkapler, dessen Beschreibung genau auf den Berliner paßte. Die Realschicktheit des Reisenden mit dem Hochkapler ist so frappierend, daß ihm an demselben Tage gegenüberstellte Personen ihn bestimmt als den gesuchten Verbrecher wiedererkennen wollten. Erst durch telegraphische Nachfrage bei den Angehörigen des Q., sowie dadurch, daß der Hochkapler nachzuweisen vermochte, daß er zu der Zeit, als jener Hochkapler in Budapest verhaftet wurde, d. d. Ende November, sich in Berlin aufgehalten, erwirkte der unschuldig festgenommene nach dreitägiger Haft seine Freilassung.

Feuerbericht. Dienstag Abend 7 Uhr erfolgte in Invalidenstr. 136 ein Garbinenbrand. Eine Stunde später waren 111. Straße 108 und Kasanien-Allee 25 Zimmerwände abzulösen. In beiden Fällen war der an Möbeln verursachte Schaden erheblich. Mittwoch früh 2 Uhr entstand Neu-Willn a. B. Nr. 6-8 in einer Waschanstalt ein Schadenfeuer, das einen großen Posten Wäsche und mehrere Tische vernichtete, von der Wehr aber nach kurzer Zeit beseitigt wurde. Ein größerer Fabrikbrand wüthete um 5 Uhr Reichenbergerstraße 114. Im Quergebäude des zweiten Hofes befindet sich hier eine Tischlerei, die mit ihren Trockentürmen drei Stockwerke umfaßt. Das Feuer war im zweiten Stock entstanden und hatte bei Anbruch der Wehr bereits die Decke der dritten Etage durchschlagen. Obgleich nun mit mehreren Schläuchen vorgegangen wurde, konnte doch nicht verhindert werden, daß sich die Flammen auch nach der 4. Etage Bahn brachen. Die 3 Stockwerke brannten vollständig aus. Um 6 Uhr hatte Oranienstr. 188 ein Gasfland Feuer gefangen. Das auch auf verschiedene Möbelstücke übersprang. Kurz nach 8 Uhr erfolgte Franseckstr. 18 ein Küchenbrand, der den Fußboden zerstörte und das Haus auch sonst erheblich beschädigte. Im Laufe des Tages erfolgten dann noch drei Kellerbrände und zwar Wasserborstr. 42, Melanchthonstr. 22 und Stromstr. 31. In allen drei Fällen handelte es sich um brennende Hobelspäne und Bretterverfälsche, doch gelang es der Wehr überall, nach kurzer Arbeit die Flammen zu ersticken.

Budapester Poffen- und Operetten-Theater (Kaufmanns Varietés). Die Gebrüder Herrnsfeld haben sich wieder auf ihren Ursprung besonnen und haben für diesen Monat eine regelrechte „Volksfänger-Gesellschaft“ zusammengestellt. Etwas großspurig, zu großspurig für Volksfänger erscheint ja manches, aber ohne das scheint es eben in Berlin nicht zu gehen. Man will recht viel Weißbrot auf der Bühne sehen — na, meintwegen. Am Dienstag führte man zum ersten Male die „Tragikomödie“ „Familie Kochsalz“ auf. Herr und Diener führen den Vornamen Leopold. Dem Diener wird von seiner Geliebten ein Kind vor die Thür gelegt, die Frau des Herrn — er ist Weinhandler und heißt Kochsalz — meint, das sei eine Bespöcherung für ihren Mann; sie fühlt sich betrogen und will sich etwas anthun. Der Verdacht über Verwicklung, bis sich die Geschichte am Schluß zur Befriedigung aller auflöst. In der Geschwindigkeit erhält ein Maler eine Frau und der Diener 600 M. Ein Maler, der „Böhmendell“ und ein anderer Pinselmann, der den Italiener markirt, haben darüber die größte Freude. Die Bühnen auch. Das Stück ist mit jeder Umfassung Witz gequillt, „föcheren“ und „trafieren“. So kommt jeder auf seine Kosten. — Von den „Solo“-Künstlern machten sich Amanda Nordstern und der Klavierkomist Wilhelm Schaff angenehmen bemerkbar.

Theater. Kar Benstein's neue Bühnendichtung „Mädchentraum“ ist nach seinen großen Erfolgen im Deutschen Theater bereits von einer größeren Anzahl deutscher Bühnen angenommen, worunter die hauptsächlichsten das Hofburg-Theater zu Wien, das König. Hof-Theater zu Hannover, die Stadt-Theater zu Bamern, Bremen, Eisenach, Götting, Königsberg, Stettin, das Thalia-Theater zu Hamburg, das Residenz-Theater zu Dresden u. s. w.; weitere Unterhandlungen werden noch zwischen der Firma Felix Bloch Erben und den meisten Hof-Theatern. Da der andauernd kurze Verlauf des Stückes im Deutschen Theater erfordert, daß ersten Aufführungen noch nicht durch eine Novität unterbrochen werden, so wurde die erste Aufführung von Ebermann's „Johannes“ auf Sonntag, den 15. Januar, verschoben worden. Zu dieser sind so überaus zahlreiche Vorabendbesetzungen eingegangen, daß nur ein Theil Berücksichtigung finden konnte und sämtliche Plätze des Theaters bereits vergiffen sind. Die ersten Wiederholungen des „Johannes“ finden am Sonntag, den 16. und Montag, den 17. d. Mts. statt. — Im Schiller-Theater wird heute Wallenstein's Lager und Die Piccolomini gegeben. Die nächste Aufführung von Wallenstein's Tod ist nächsten Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr. — Puffen-Theater. In dem heute zur ersten Aufführung gelangenden Volksstücke von Wilhelm Herling „Auf goldenem Boden“ sind fast sämtliche hervorragenden Mitglieder dieser Bühne beschäftigt und zwar: Dora — Anna Müller-Witte, Rosa — Hedwig Mariens, Frau Hippel — Julie Müllig, Tanka — Gertha Seiden, Fritz — Eile Bender, Volkmann — Arthur Winkler, Tildede — Gustaf Conrad, Wallberg — Wilhelm Müller, Bogel — Leo Sandel, Solote — Richard Brodel und Wadtel — Emil Wöhrberg. — Am Sonnabend den 8. d. M. findet die 76. Vorstellung der lustigen Wienerinnen im Kaiserpaale des Passage-Panoptikums statt. Anlässlich dieses Jubiläums wird ein neues Programm mit neuen Rollen in Szene gehen.

Frauenversammlung. Wie werden um Aufnahme folgender Mittheilung ersucht: Am Sonntag, den 9. Januar, mittags 12 Uhr, findet im Konzerthaus, Leipzigerstr. 48, eine öffentliche Volksversammlung statt. Frauen verschiedener Stände werden Ansprachen über die „Schullosigkeit der Frauen“ halten: Frä. Dr. jur. Angelpurg, Frau Schulrath Cauer, Frau Bieber-Böhm, Frä. Bartowski, vom Standpunkt der Handelsgeschäftinnen, Frä. Winkler als Volksschullehrerin, Frau Gebauer aus ihren Erfahrungen als Hebeamme. Einladungen sind an Frauen aller Stände und aller Parteien ergangen. Reichstags-Abgeordnete, Behörden und alle gebende Persönlichkeiten sind aufgefordert worden. Die Versammlung ist für Männer und Frauen aller Klassen.

Aus den Nachbarorten.

Eine seltsame Angelegenheit beschäftigt momentan die Gemüther in Spandau. Dort hat sich eine Frau mit der Mittheilung an die Gerichtsbehörden gewendet, daß vor 24 Jahren in Spandau ein Mord verübt worden sei. Der unmögliche Täter sei ergriffen, vor das Schwurgericht gestellt, von diesem zum Tode verurtheilt und dann von König Wilhelm I. zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden. Der Mann, der noch am Leben sei, aber noch immer im Zuchthause sitze, sei unschuldig gewesen. Der wirkliche Mörder lebe noch jetzt in Spandau und sei ein angesehenener Mann, der nur noch den einen Wunsch habe, das Verbrechen zu sühnen und dem Unschuldigen zur Freiheit zu verhelfen. Er selbst fühle aber nicht den Muth, sich selbst anzugeben, deshalb thue sie das und zwar in seinem Einverständnis. Obwohl die Frau Namen und Daten ganz genau angegeben hat, so klingt doch die Erzählung derselben so romanhaft, daß der Verdacht berechtigt erscheint, sie leide an einer überreichten Phantasie. Zimmerhü sind aber sofort Ermittlungen angestellt worden zu dem Zweck, die Angaben der Frau auf ihren wahren Werth zu prüfen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Nachnamen oder eine Stadt) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.
R. N. Wenden Sie sich an eine der Beschäftigten-Inspektionen der Igl. Eisenbahn-Direktionen, die sich am Marktgraben, am Ostbahnhof, im Grunewald und in Tempelhof befinden.
Hamburg 27. Das von Ihnen genannte Blatt dürfte Ihren Wünschen entsprechen.
E. D. 20. Wir können in dieser Sache nichts thun. Wahrscheinlich liegt das späte Eintreffen an unglücklicher Bahnverbindung.
Monument Schalksmühle. Die Bevölkerung Preußens betrug am 2. Dezember 1896 31 855 123 Einwohner.
H. W. Die Adresse ist nicht angegeben.
W. Walter. Die Berufsbezeichnung ist unvollständig, weil für die Allgemeinheit absolut belanglos.
E. W. Wenden Sie sich an das Konsulat des Deutschen Reiches in Chicago, Ill., U. St. of Am.
H. A. 22a. Das hängt von der Art des Verhältnisses im Einzelnen ab: Ist die betreffende für das Geschäft thätig, so liegt Versicherungspflicht vor.

Wetter-Prognose für Donnerstag, 6. Januar 1898.
Ziemlich warm, vorwiegend trübe, mit Regenfällen und mäßigen, südwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber feinerliche Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 6. Januar.
Opernhaus. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Wissenschaftsmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Mädchenraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Seeling. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Wunderquelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Die schöne Helena. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Vogendrücker. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Wallenstein Lager. Die Piccolomini. Anfang 7 Uhr.
Reichshallen. Sein Eid. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Das Opferlamm. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Süden. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Velle Alliance. Der Bräutigam auf Probe. Anfang 8 Uhr.
Cicend. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Die Pariser Bluthochzeit oder: Die Augenmotten. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Zum Schluss: **Illustriertes Quodlibet**
In 12 lebenden Bildern.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 219. Dir. J. Glück.
Paul Spadoni. * Lina Goltz.
Desroches-Bianca.
Aurora-Troupe. * Spink-Spink.
Miss Bertholdi
Mr. Arras. Brook and Dunckam.
Carmen-Faur
Les 5 Royvals. * Sisters Morden.
Siegwart Gentes
u. s. w. u. s. w.
Kasseneröffnung 6 1/2. Anf. 7 1/2 Uhr.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich: **Hoffmann's Quartett und Humoristen.**
Anf. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Voge 1 R., Sperrst. 50 Pf.
Entree 30 Pf.
Alle 5 Barrisons. Leno, Hebe Leno.

Gebrüder Herrfeld's
Erstes Original
Budapester
Possen- und Operetten-Theater.
Heute Dienstag, Anfang 8 Uhr:
Die Anton u. Donat Herrfeld'sche Novität
Familie Kochsalz
Vorher die reizende Operette **Gefältschte Jungen.**
Neuer Novitätentheat.
Unter anderem:
Dr. Guido Steinitz u. William Schiff.
In Vorbereitung:
Von Drenen der Glückliche.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Heute Donnerstag, den 6. Januar 1898:
Neu! Neu!
Berliner Kinder.
Original-Posse mit Gesang in 4 Akten von Salinger.
Rust von Th. Hauptner.
Nach der Vorhellung: **Tanzkränzen.**
Freitag: **Das Verhängnis.**

Alcazar-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Auenstr. 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Borchmüller Familien-Kaufhaus.
Neu! **Flotte Matrosen.** Neu!
Große Ausstattungs-Operette in 1 Akt von G. Lindner.
Neu! Vorher: **Neu! Die Liebe im Eckhaus.**
Suffspiel in 2 Akten v. A. Goshart.
Aufstehen sämtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: **Wochentags 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.**
Entree 30 Pf. Referiert. Anfang 50 Pf.
Vorzugsarten haben Gültigkeit.

Quarg's Vaudeville-Theater.
Gr. Hotel Alexanderpl.
Das Beste vom Besten und ohne Konkurrenz sind die unverwundlichen und immer mehr von Erfolg gekrönten Lustspiele
Das Armband
und
Das Modell.
Vorzugsarten gelten.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Das splendide **Neujahrs-Programm** mit allerorten **Kunstkräften.**
Family Derrington.
Max Waldon.
Die drei Maakwoods.
Excelsior-Mimograph
u. s. w.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Avis! Am 15. Januar: **Avis!**
1. Elite-Masken-Ball
(Ein Sommertag in Monaco).
Im Reichshallen-Tunnel
Militär-Concert
in Uniform.

Größtes Welt-Schauspiel der Welt.
Sohauspiel der Welt.
ca. 1000 Mitwirkende.
Täglich abends 8 Uhr
Neues OLYMPIA-Riesentheater
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Holosy Kiralfy's
„Constantinopel“
An Sonn- und Feiertagen
2 Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr, abends 8 Uhr.
2 Jahre ohne Unterbrechung in London gegeben.
Sensationeller Erfolg d. Saison. Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.
Direktion: Hermann Freund, Haller u. L. Saenger.

Konzert-haus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. P. Pierry.
Künstlerischer Leiter Jos. Wisinger.
Neu! Neu!
Im Reiche der Sirenen.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Gihner u. Jean Hüßler.
Rust von Joh. Gihner.
Neue Spezialitäten.
Grosser Ball.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Passe-partouts gelten.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Donnerstag, den 6. Januar 1898, abends 7 1/2 Uhr:

Elite-Abend.
Zaragoza.
Orig. Wandgen-Schauspiel des Circus Busch, entnommen aus dem spanisch. Leben. In wie gezeigter glänzender Ausstattung, darunter mehrere direkt aus Spanien importierte Kunststücke. Besonders hervorzuheben: Eine spanische Eienbahn mit ein-tretender Reintrophe. Die Flucht des Don Cosidurus mit seiner Geliebten und (samtlich) Pferden aus dem brennenden Schloss. Außerdem: Die Dogranfahrt mit eigens dazu dressirt. Schulpferde, angef. von Maria Doré. Nigiz, ohne Hengst, ger. von Herrn Footitt-Burgardt. Die berühmten Freiheitsdresuren des Dir. Busch. Gebr. Borghetti mit ihren Rammor-Tableaux. - Morgen 7 1/2 Uhr: **Sport-Abend.**
Gespäche allen Freunden u. Bekannten **Umein Weiss, Barischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. * **H. Stramm, Ref. Ritterstr. 123.**

Achtung!
Am Dienstag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im Saale der Brennerei Friedrichshain:
Grosse Protest-Versammlung
der Frauen und Mädchen Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Die Heiligkeit der Familie in Theorie und Polizei-Praxis.
Referenten: Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen und Genoffin Lilly Braun. 2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch seitens der Genoffinnen und Genoffen ersucht
Die Vertrauensperson. 1/1

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das neue erfolgreiche **Neujahrs-Programm.**
Niagara. Könige aller **Thurmseilläufer.**
Lühdorf mark **Eichen.**
Cabaret. dressirt **Liliputaner Hündchen.**
Lebende Photographien.
Novität! Um 8 1/2 Uhr: **Novität!**
Rich. Winkler und Edith Fröbel in der aktuellen Operetten-Burleske **Das radelnde Berlin.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Jug. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu **Vorsammlungen** unentgeltlich, sowie zu **Sommer- u. Winterfestlichkeiten** u. **konzertanten Bedingungen.**
Barrel-Vokal, nachweibl. Grill, bei 1500 B. Anzahlung gesucht. Off. erb. unter C. I. an die Exp. d. Bl.
Dezilation, ohne Anzahlung, sofort zu übernehmen. Bohmannstr. 36, Barbiergehäft. 26068

Möbel
auf **Teilzahlung**
J. Osterwald Jr.
Groschke
Friedrichstr. 1. I.
Langmeier's
Champagner - Weissbier
30 Flaschen 3 M.
In beziehen aus der **Bier-Groß-Handlung**
von **Th. Langmeier, Galenjee,**
Westfälische Straße 56.
Stieppdecken, Regulatoren, Betten, (postb. Reanderstr. 6, Pfandb.)
Winterpaletots, Anzüge, Remont-Uhren, (postbillig Reanderstr. 6, Pfandb.)

Leihhaus
Neue Hofstraße 3.
II. Gesch. d. Reichs- von Gold, Uhren, Silber, Wäsche, Kleidungsstücke. Aufbewahrung der Pfandstücke 12 Monate.
Möbel
verleihen gewasene und neue, stannend billig. Teilzahlung gestattet. Besuchen ohne Anzahlung. 40559
Neue Königstr. 59
u. **Gneisenaustr. 15.**

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart äusserst billig, auch auf Teilzahlung. Gr. Lager gebraucht und verlehnen gemiesener Möbel 40539
Oranienstr. 73.
Möbel auf **Teilzahlung.**
Neu **J. Kellermann, Jakobstr. 26.**
Billig! Neueste Anzüge. Billig! Mädchenkleider, Knaben-Anzüge und Paletots sehr preiswert.
O. Hoffmann, Beteranenstr. 14.

Arbeitsmarkt.
Plätterinnen auf Steifragen, Umlegekragen und Manschetten in und außer dem Hause per **W. Trebbe,** Köhringerstr. 10, Quergeb. IV. (23045)
Karion- Arbeiterinnen, geblie, verl. **Wolff, Neue Friedrichstr. 48.**
Seren und Damen erhalten durch **Rachweid** und **Bermittlung** von **Heiner, Volk, Kinder- und Kranken-laffen** - Versicherungen hohe Provision event. festes Gehalt. **Adresse: Zeilstr. 82, I. (9-12, 3-6)**
Nicht Grundire auf **Geldleihen** verl. **H. Wertmeister, Schindlerstr. 8a.**
Nicht Verfilberia auf **Geldleihen** und die es erkennen wollen verlangt **H. Wertmeister, Schindlerstr. 8a.**
Tüchtiger Einpoder auf **Geldleihen** findet dauernde Beschäftigung. 26038
A. Werkmeister, Schindlerstr. 8a.
Korbmadler auf **Reparaturen** verlangt **Toepfer, Wilmaderstr. 63,** Noablt. 26006

Achtung! Schuhmacher. Achtung!
Donnerstag, den 6. Januar 1898, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Lokale „Königsbau“, Gr. Frankfurterstraße, 117.
Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahl zur Agitations-Kommission. 2. Bericht über die Fabrikordnung. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht der Kollegen zu erscheinen.
171/1 Die Kommission.

Kistenmacher.
Am Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27c:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Th. Metzner** über: „Wett und Ruhen der Draufaktion“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 04/1
Diejenigen Kollegen, welche bis zum 8. Januar ihren Verpflichtungen dem Verein gegenüber nicht nachkommen, werden in der nächsten Generalversammlung bekannt gemacht. Außerdem wird den Kollegen bekannt gegeben, dass bei Generalversammlungen der § 12 unseres Statuts von jetzt ab streng durchgeführt wird.
Der Vorstand. J. K.: Franz Schulz, Schwebelstr. 47.

Buchdrucker Rixdorfs.
Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 1 Uhr, in der Vereinsbrauerei, Hermannstrasse No. 214:
Öffentl. Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Faber** über: „Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt“. 2. Bericht der Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress. 3. Wahl eines Delegierten und Stellvertreters. 4. Verschiedenes. 25905
Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des III. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Sonnabend, den 15. Januar 1898:
Stiftungs-Fest
im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstrasse 4a
unter gütiger Mitwirkung
des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“, des Konzertsängers Herrn **R. Blobel** etc.
Instrumental-Konzert
einer starken Kapelle von Zivil-Berufsmusikern.
Festrede. Ball (30 Pfg. Nachzahlung).
Anfang präzise 8 Uhr. [240/1] **Billet 20 Pfennig.**
Der Vorstand.

Im Verlage der
Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Auer & Co. in Hamburg
Es erscheinen und zu beziehen:
Der
Neue Welt-Kalender
für 1898.
Zweihundzwanzigster Jahrgang.
Mit vielen Illustrationen.
Preis 40 Pfennig.
Bei Einzelbezug erbiten wir Einzahlung in deutschen Briefmarken
nicht 10 Pf. für Porto.
Auch zu beziehen durch: **J. H. W. Diets** in Stuttgart, sowie
durch die **Buchhandlung Vorwärts**, Berlin SW., Deutsch-
straße 2.
Inhalt: Kalendarium. - Die Ergebnisse der deutschen Verfassungs-
änderung (14. Juni 1895). - Die amtliche Arbeitslosen-Statistik. -
Hilfslied. - Messen und Märkte. - Im Kreislauf des Jahres. -
Der Streik der Hafenarbeiter und Seelen in Hamburg
(mit Illustrationen). - Der Ruf der Philister. Gedicht vom Schelm
von Bremen. - Ein Tagbuch. Von J. Straß. - Die Schrift-
zeichen des großen Erdgeschichtsbüchens. Von Walter Herzog. -
Das Kaiser Wilhelm-Denkmal in Berlin. Von A. Schönhoff
(mit Illustrationen). - Volksliedchen. Von Manfred Wittich. -
Der Internationale Frauentag in Berlin. Von Frau
Brannt. - Das schloßende Kind. Gedicht von A. Frohne. - Die
Königliche Eindeckung neuer Straßen. Von Dr. B. Borchardt
(mit Illustrationen). - Zweierlei Klumpen. Gedicht vom Schelm
von Bremen. - Die Naturforschung in der Gricchenwelt. Ein
nachgelassener Aufsatz von Fr. Engels. - Aus den Erinnerungen
eines alten Kriminalisten. Von Hans Richter. - Die Chemie
im Reichstage. Von G. Rumm. - Die Sozialdemokratie und
die Wahlen in Oesterreich (mit Portraits). - Vor zwanzig
Jahren. Von J. Auer. - Moritz Sarimann (mit Portraits). -
Karl fr. W. Schulte (mit Portraits). - Allegende Philiter. -
Für unsere Hühnerfelder. - Aufstellungen der Mäusel. - Trachtigkeit-
und Bräut-Kalender.
Hierzu vier Kupfer: Frühling und Winter - Halbesonnen -
Schwieriges Unternehmen - Kindliche Pücker. Ein farbiges
Bild: Ein kritischer Augenblick. - Ein Wandsticker. 234/9

Künstl. Zähne 1,50 M.
Blomben 1 M. Zahnziehen frei. Zahn-
ärztliche Klinik, Rantaustr. 43, I. Gte
Oranienstr. 59. 8-10 und 1-3 Uhr.
Künstliche Zähne.
H. Steffens, Noienhalestr. 61, 2 Tr.
*) Teilzahlung pr. Woche 1 M.
Gefunden wurde ein Futteral mit
zwei Schüsseln. Dasselbe ist in unserer
Expedition entgegen zu nehmen.
Fahrad, 4 Wochen gefahrt, bill. zu
verkaufen, 140 R. Lydenstr. 13, v.
b. Gänther. 25846
Billige Wohnungen u. **Wohlfühl.**
Gartenland 3. verm. **Franz Bube,**
Friedrichsdele, Pingen-Allee 30.
Frdl. möbl. Schlafstube Rantaustr.
straße 51, v. 1 Tr. r. 25905
Kl. febl. möbl. Zimmer verm. billig
Lehmann, Bergmannstr. 27, v. Godep